

Anmerkungen

- 1) S. die Äußerungen des Präsidenten der Chinesisch-japanischen Freundschaftsgesellschaft zwei Tage vor Ankunft des Kaisers (RMRB, XNA, 22.10.92) sowie die Äußerungen des Staatspräsidenten Yang Shangkun in einem Interview in GMRB, 29.9.92.
- 2) S. z.B. den Leitartikel der Auslandsausg. von RMRB vom 29.9.92, nach SWB, 2.10.92.
- 3) So der Tenno vor seiner Reise vor Presseleuten, s. GMRB, 16.10.92.
- 4) RMRB, GMRB, XNA, 24.10.92; voller Wortlaut der Reden in RMRB u. GMRB, ebd., in XNA Auszüge.
- 5) S. RMRB, GMRB, XNA, 25.10.92.
- 6) RMRB, XNA, 25.10.92.
- 7) Vgl. dazu Lloyd E. Eastman, "Facets of an Ambivalent Relationship", in: Akira Iriye (ed.), *The Chinese and the Japanese. Essays in Political and Cultural Interactions*, Princeton 1980, S.295.
- 8) Vgl. dazu Ernest P. Young, "Chinese Leaders and Japanese Aid in the Early Republic", in: Akira Iriye, *op.cit.*, S.124-129.
- 9) Harold Z. Schiffrin, *Sun Yat-sen and the Origins of the Chinese Revolution*, Berkeley and Los Angeles 1968, S.146.
- 10) Vgl. dazu Lloyd E. Eastman, *op.cit.*, S. 275-303.
- 11) Vgl. dazu C.a. 1982/7, Ü 3 und 1982/8, Ü 1 sowie 1986/11, Ü 4; Allen S. Whiting, *China Eyes Japan*, Berkeley usw.: Univ. of California Pr., 1989, S.46-51 u. 55-60.
- 12) Dies fand Allen S. Whiting in Interviews mit Chinesen heraus; a.a.O., S.59 f.
- 13) S. Whiting, a.a.O., S. 51-55.
- 14) Whiting, a.a.O., S.123.
- 15) S. AWSJ, 22.10.92; IHT, 25.10.92.
- 16) Kyodo (Tokyo), 10.10.92, nach SWB, 15.10.92.
- 17) S. IHT, 15.10.92.
- 18) S. ASWJ, 22.10.92; IHT, 25.10.92; s.a. SCMP, 9.10.92.
- 19) Kyodo (Tokyo), 23.10.92, nach SWB, 26.10.92.
- 20) Vgl. dazu Whiting, a.a.O., S. 66-79; C.a. 1985/10, S.692-693 und 1985/11, Ü 8.
- 21) S. dazu C.a. 1985/12, Ü 20.
- 22) A.a.O., S.6-7.
- 23) C.a. 1985/11, Ü 8.
- 24) Vgl. dazu Whiting, a.a.O., S.86-91.
- 25) S. dazu Whiting, a.a.O., S. 93-128.
- 26) So z.B. jüngst auf einer Konferenz, s. RMRB, 5.10.92. Vgl. dazu auch C.a., 1991/7, Ü 35.
- 27) Zum Kulturaustausch s. RMRB, 23.10.92, S.6.

Stefan Friedrich

Neue Konstellationen im Nordwesten

Die VR China und die zentralasiatischen GUS-Republiken *

* *Der vorliegende Artikel entstand während eines Praktikums, das Herr Stefan Friedrich, Student der Sinologie und der Politikwissenschaft, am Institut für Asienkunde absolvierte. Das Manuskript wurde am 15.10.1992 abgeschlossen.*

Gliederung:

- | | |
|-------|--|
| 1 | Die wiedererstandene Staatenwelt Zentralasiens: Ein historischer Rückblick |
| 1.1 | Der Begriff "Zentralasien" |
| 1.2 | Die Geschichte Nord-Zentralasiens |
| 1.2.1 | Nord-Zentralasien bis zu seiner Aufteilung zwischen China und Rußland |
| 1.2.2 | Grenzübergreifende Verbindungen nach der Aufteilung Nord-Zentralasiens |
| 1.2.3 | Von der Neuordnung Sowjetisch-Zentralasiens bis zur Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen Staaten |
| 2 | Die VR China und die neuen Konstellationen in Nord-Zentralasien: Risiken und Chancen |
| 2.1 | Die veränderte Situation in Chinas Nordwesten |
| 2.2 | Faktoren der Instabilität |
| 2.2.1 | Das Konfliktpotential in und unter den neuen unabhängigen Republiken |
| 2.2.2 | Das überregionale Konfliktpotential: Nationalismus, Pantürkismus und islamischer Fundamentalismus |
| 2.3 | Wirtschaftliche Lage und Kooperationspläne in Zentralasien |
| 2.3.1 | Die wirtschaftliche Situation der zentralasiatischen GUS-Republiken |
| 2.3.2 | Kooperationspläne in Nord-Zentralasien |
| 3 | Die Politik der chinesischen Führung gegenüber den neuen zentralasiatischen Staaten |
| 3.1 | Kontinuität trotz der veränderten Lage |
| 3.2 | Die stabilitätsorientierte Außenpolitik der Beijinger Führung |
| 3.2.1 | Der Umgang mit den neuen Staaten: 'Normalität und Vorsicht' |
| 3.2.2 | Entschärfung des bilateralen Konfliktpotentials: Grenzkonflikt und Truppenabbau |
| 3.3 | Auf- und Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen |
| 4 | Fazit und Ausblick |

Im Jahre 1991 brach mit dem Zerfall der Sowjetunion nicht nur eine Großmacht, sondern auch das in den letzten Jahrzehnten dominierende weltpolitische Gefüge auseinander. Der Zusammenbruch der Sowjetunion kann in China jedoch kaum Gefühle der Befriedigung über den Untergang des ehemaligen Hauptfeindes Nummer eins hervorrufen. Viel stärker wiegt in der Beijinger Führung die Besorgnis über die möglichen negativen Auswirkungen dieser Entwicklung. Solche sind nicht nur auf die ehemals so starke Stellung des Kommunismus in der Welt, sondern auch auf die innenpolitische Lage in der VR China selbst zu befürchten. Bereits die Reformpolitik des sowjetischen Staats- und Parteichefs Gorbatschow hatte Einfluß auf die innenpolitische Situation der Volksrepublik ausgeübt. So mußte die chinesische Führung während des sino-sowjetischen Gipfels im Frühjahr 1989 schmerzlich erleben, daß die demonstrierenden Studenten von der eigenen Führung verlangten, politische Reformen, ähnlich denjenigen Gorbatschows in der Sowjetunion, durchzuführen.¹ Der Zerfall der Sowjetunion mag die 'hardliner' in der chinesischen Führung in ihrer Haltung gegenüber den Studenten bestätigt haben, jedoch erwachsen der VR China als Folge dieser Entwicklung nun ganz neue Probleme.

Eines dieser Probleme stellen die Einflüsse der Gründung unabhängiger Staaten an der Nordwestgrenze Chinas dar. Sah sich die Volksrepublik dort bislang mit einer einzigen 'ordnungsstiftenden' Großmacht konfrontiert, so hat sie es nun mit fünf neugegründeten, unabhängigen Staaten zu tun. Die Möglichkeit, daß sich historische Be-

ziehungen religiöser, nationaler oder ethnischer Art grenzübergreifend auch auf das autonome Gebiet Xinjiang und damit auf die innenpolitische Lage der VR China auswirken können, macht die Politik gegenüber diesen neuen Staaten zu einer delikaten Angelegenheit für Beijing. Welche neuen Konstellationen sich ergeben haben, wie sich die chinesische Führung darauf einstellt und welche historischen Hintergründe die heutige Entwicklung beeinflussen, soll im folgenden untersucht werden. Obwohl Aktualität und Dynamik dieses Prozesses nur vorläufige Aussagen ermöglichen, sollen am Ende Zukunftsperspektiven, wie sie sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt darstellen, aufgezeigt werden.

1 Die wiedererstandene Staatenwelt Zentralasiens: Ein historischer Rückblick

Spricht man von der Staatenwelt "Zentralasiens", so erweckt dies den Eindruck als gäbe es eine eindeutige Definition des mit diesem Begriff umschlossenen Gebietes. Dies ist aber keineswegs der Fall, weshalb zunächst erläutert werden soll, was im folgenden unter "Zentralasien" verstanden wird.

1.1 Der Begriff "Zentralasien"

Die Differenzen bezüglich der Grenzen "Zentralasiens" lassen sich darauf zurückführen, daß den unterschiedlichen Definitionen dieses Begriffes jeweils andere Konzepte zugrunde gelegt sind. So wird u.a. zwischen geographischen, kulturellen, ethnischen und geopolitischen Konzepten unterschieden.² Nach einer sehr umfassenden geographischen Definition stellt sich "Zentralasien" als großes nach Süden weisendes Dreieck dar, das im Nordwesten bis in die Ukraine, im Nordosten über die Grenze der Mongolei und, nach Süden zusammenlaufend, bis zum Himalaya reicht. Weniger weitgehende Definitionen grenzen Sibirien im Norden sowie die westlich des Kaspischen Meeres und östlich der Mongolei liegenden Gebiete aus.

Für die im folgenden zu untersuchenden Beziehungen zwischen der VR China und den zentralasiatischen Staaten bietet sich allerdings eher das geopolitische Konzept an. Gegenüber anderen Konzepten besteht der Vorteil, daß hier mit fest umrissenen Grenzen

gearbeitet werden kann. Auf der anderen Seite ist jedoch von Nachteil, daß sich bei machtpolitischen Verschiebungen auch der beschriebene Gegenstand ändert, eventuell sogar ganz verschwinden kann. Nicht zuletzt der Zusammenbruch der Sowjetunion und die darauf folgende Unabhängigkeit der "zentralasiatischen" Republiken hat die rasche Veränderlichkeit eines reinen geopolitischen Konzeptes deutlich werden lassen. Aus diesem Grunde muß es durch den Bezug auf die historische Entwicklung der betreffenden Region erweitert werden. Dem folgend umfaßt Zentralasien das Gebiet der heutigen GUS-Republiken Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan, der Mongolei sowie der drei in der VR China liegenden autonomen Gebiete Tibet, Innere Mongolei und Xinjiang.

Es bleibt aber festzuhalten, daß auch dieses Konzept lediglich eine stark vereinfachende Hilfskonstruktion darstellt. Politische Grenzen sind künstliche Trennungslinien, die, wie insbesondere die jüngste Geschichte dieser Region zeigt, nur scheinbar stärker sind als grenzübergreifende, historisch gewachsene Verbindungen. Ein geschichtlicher Rückblick ist daher unumgänglich.

1.2 Die Geschichte Nord-Zentralasiens

Im folgenden wird ausschließlich auf die Geschichte Nord-Zentralasiens, d.h. die Xinjiang und die fünf zentralasiatischen GUS-Republiken umfassende Region, eingegangen werden. Zum einen, weil sich hier die zu untersuchenden Veränderungen ereignet haben, zum anderen, weil die historischen Verbindungen in diesem Raum immer, auch über die politischen Grenzen hinweg, Bestand hatten. Gerade jetzt, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, wird durch sie die Entwicklung in diesem Raum entscheidend beeinflußt werden.

1.2.1 Nord-Zentralasien bis zu seiner Aufteilung zwischen China und Rußland

Nord-Zentralasien nahm jahrhundertlang, über die Seidenstraße, die Brückenfunktion zwischen Asien und dem Westen wahr. Mit dem Aufkommen der Seeverbindungen nach Fernost verlor diese Route und damit die Region

allerdings an Bedeutung. Im 19. und 20. Jahrhundert wurde die Geschichte Nord-Zentralasiens im wesentlichen von China und Rußland bestimmt. Während Rußland erst im letzten Jahrhundert als Akteur in der Region auftrat, stieß China bereits zur Zeit der Han-Dynastie (-206 bis +220) bis nach Ostturkestan, dem heutigen Xinjiang, vor. Weitere chinesische Vorstöße bis nach Zentralasien erfolgten während der Tang- (618-906) und der Qing-Dynastie (1644-1911). Die zeitweise unterbrochene Herrschaft Chinas über dieses Gebiet folgte dem Muster des Tributsystems, was bedeutete, daß es sich hierbei mehr um eine nominelle als eine faktische Unterordnung der dort lebenden Völker handelte. Dies änderte sich erst nach dem Sieg der Qing über die Westmongolen und dem Heraufziehen einer russischen Gefahr an der Nordwestgrenze Mitte des 18. Jahrhunderts. 1768 wurde Ostturkestan so zunächst zum kaiserlichen Protektorat mit dem Namen "Xinjiang" ("Neue Grenze") erhoben und dann, Ende 1884, als 19. Provinz formell an China angeschlossen.³

Neben der von seinen großen Nachbarn geprägten Geschichte haben die in Nord-Zentralasien lebenden, überwiegend nomadischen Turkvölker eine lange Tradition der Unabhängigkeit. Die erste türkische Konföderation in Nord-Zentralasien geht auf das 6. Jahrhundert n.Chr. zurück. Von dort ausgehend, breiteten sich die Turkvölker über weite Gebiete Zentralasiens, einschließlich Nord-Afghanistan und Nord-Persien, aus und drangen über den Balkan bis nach Anatolien vor. Wichtigste Bindeglieder der Turkvölker waren die gemeinsame Sprache und Kultur sowie, beginnend mit der fortschreitenden Islamisierung seit dem 8. Jahrhundert, der gemeinsame Glaube. Auch das Vordringen der Chinesen und später der Russen sollte daran nichts ändern. Während der Yuan-Dynastie (1271-1368) kam es aufgrund der religiösen Toleranz der Mongolen gar zu einem breiten Zustrom von Muslimen aus dem Nordwesten nach Ostturkestan und ins chinesische Kernland bis nach Ningxia und Gansu. Die politische Unabhängigkeit ging den Völkern Ostturkestans (dazu zählen u.a. Uiguren, Kasachen, Kirgisen, Tadschiken und Usbeken) spätestens mit der Zusammenfassung des Gebietes zum kaiserlichen Protektorat 1768 verloren. Aufgrund der feh-



(der überblick 2/92)

lenden Möglichkeiten zu einer effektiven Grenzkontrolle sollte dieser Einschnitt aber keineswegs die Lebensgewohnheiten und den Zusammenhalt der Turkvölker Nord-Zentralasiens beeinträchtigen.

Die Unabhängigkeit der Turkvölker jenseits der Grenzen des heutigen Xinjiang wurde von Rußland lange Zeit anerkannt. So führte der erste koloniale Vorstoß des Zarenreiches nach Osten, wo um 1640 der Pazifik erreicht wurde. Erst Anfang des 18. Jahrhunderts unternahm Rußland den Versuch, nach Zentralasien vorzustoßen. Zunächst wurde ein lockeres Protektorat über die Kasachen-Khane errichtet. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Gebiet des heutigen Kasachstan unter die direkte Verwaltung Moskaus gestellt, um ein weiteres Vordringen nach Süden zu ermöglichen. Zwischen 1847 und 1884 gelang es dem Zarenreich, das restliche Gebiet der heutigen zentralasiatischen GUS-Republiken zu erobern. 1867 wurde dieses Gebiet, noch vor Abschluß des Eroberungszuges, mit Ausnahme der Khanate Chiwa und Buchara, im Generalgouvernement "Turkestan" zusammengefaßt.

Eine weitere Expansion Rußlands scheiterte dann am Widerstand Chinas und Großbritanniens. Während Rußland mit Großbritannien, das von Indien nach Norden drängte, tragfähige Verträge abschloß, blieb die sino-russische Grenzziehung problematisch. Trotz verschiedener vertraglicher Vereinbarungen versuchte Rußland immer wieder, seinen Machtbereich nach Xinjiang hinein auszudehnen. Solchen Bestrebungen trat das chinesische Reich, obwohl es durch die beiden verlorenen Opium-Kriege (1840-42 u. 1858-60) und den Taiping-Aufstand (1850-64) geschwächt war, mit all seiner verbliebenen Stärke entgegen.⁴ Der russische Vorstoß nach Zentralasien wurde 1884 an der Grenze Xinjiangs gestoppt. China konnte zwar so seinen Besitzstand wahren, sein "Einflußgebiet", das im 18. Jahrhundert fast bis zum Kaspischen Meer reichte, verkleinerte sich jedoch erheblich. Die Festlegung der Grenze, die Rußland faktisch einen territorialen Gewinn von 580.000 km² sicherte, erfolgte in sino-russischen und britisch-russischen Verträgen. Von der VR China wird diese Grenzzie-

hung, die in etwa dem heutigen Grenzverlauf entspricht, völkerrechtlich nicht anerkannt, da es sich um sogenannte "ungleiche Verträge" handelte.⁵

1.2.2 Grenzübergreifende Verbindungen nach der Aufteilung Nord-Zentralasiens

Die ethnisch-historische Einheit der Turkvölker wurde durch die sino-russische Teilung Nord-Zentralasiens nicht zerstört. Dies zeigte sich einerseits in den grenzüberschreitenden Nomadenzügen und andererseits in Aufstandsbewegungen, die die Gründung eines unabhängigen zentralasiatischen Staates zum Ziel hatten.

Ein grundlegendes Charakteristikum nomadischer Völker ist in den Wanderbewegungen zu sehen, die auch in Nord-Zentralasien erst im Gefolge des sino-sowjetischen Konflikts, seit Anfang der 60er Jahre, unterbunden wurden. Noch von 1945 bis 1956 war es Kasachen, Uiguren und Kirgisen gestattet, ihre Herden sowohl auf chinesischem als auch auf sowjetischem Gebiet weiden zu lassen.⁶ In Krisenzeiten dienten diese Verbindungen auch im-

mer wieder dazu, sich dem Zugriff der Großmacht, der man untergeordnet war, zu entziehen. Beispielsweise floh die von den Mandschus besiegte Elite Ostturkestans, die "Khojas", Mitte des 18. Jahrhunderts ins benachbarte Kokand, im heutigen Dreiländereck Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan. Von dort aus sollten sie noch 100 Jahre anti-chinesische Aufstände organisieren.⁷ War dies nur die Flucht einer kleinen Elite, so kam es später auch zu Massenfluchtbewegungen: 1916 flohen mehr als 300.000 Kasachen nach Xinjiang, um sich dem russischen Militärdienst zu entziehen. Die meisten konnten nach Verhandlungen der Regierungen Urumqis und Moskaus zurückkehren, ein Teil ließ sich jedoch in Xinjiang nieder.⁸ In umgekehrter Richtung verlief die Fluchtbewegung im Frühjahr 1962. Die bevorstehende Schließung der sino-sowjetischen Grenze veranlaßte damals ca. 67.000 Hirten und Bauern, vor allem Kasachen und Uiguren, zu ihren "Verwandten" in die Sowjetunion überzusiedeln.⁹

Neben diesen eher punktuellen Ereignissen gab es Kräfte, die auf die Unabhängigkeit ganz oder zumindest von Teilen Nord-Zentralasiens hinarbeiteten. Während die nach Autonomie strebenden Kräfte im russischen Teil immer auf sich selbst gestellt waren und von den Russen mit aller Härte bekämpft wurden, konnten die Unabhängigkeitsbewegungen in Xinjiang auf Unterstützung aus Moskau hoffen; dies zumindest solange, als sie den Russen in ihrem Bestreben dienlich erschienen, in Xinjiang Fuß zu fassen.

1864 wurde die Stellung der Chinesen durch einen von den oben erwähnten Khojas inspirierten Aufstand ernsthaft gefährdet. Unter der Führung des Kokander Generals Yakub Beg wurden die Mandschus im südlichen Teil Xinjiangs geschlagen. Der von Yakub Beg gegründete muslimische Staat nahm diplomatische Beziehungen zu Rußland, Großbritannien, aber bezeichnenderweise auch zum Osmanischen Reich, dem Reich der Türken, auf.¹⁰ Die Russen, die eine Ausdehnung des neuen Staates befürchteten, besetzten sogleich den chinesischen Yili-Bezirk. Nach dem Sieg der Mandschus über Yakub Beg, 1877, mußte Rußland dieses Gebiet wieder abtreten.

Als 1911 die Qing-Dynastie stürzte, kam es im Nordwesten (Yili-Gebiet) und im Osten (Oase Hami) Xinjiangs

zu neuen Muslim-Aufständen, die allem Anschein nach von Rußland unterstützt wurden.¹¹ Ähnlich verhielt es sich Anfang der 30er Jahre als der Rebellenführer Ma Zhongying einen muslimischen zentralasiatischen Staat anstrebte. Die Pläne Mas, zunächst von Stalin gefördert, schienen diesem dann doch zu weitgehend. 1933 unterstützte Moskau die Regierung in Urumqi bei der Niederschlagung des Aufstandes.¹² Eine weitere große Krise gab es zwischen 1944 und 1946, als es, wiederum im Yili-Gebiet, zu Kasachen-Aufständen kam. Diese anscheinend erneut von Moskau unterstützten Aufstände gipfelten in der Ausrufung der "Republik Ostturkestan". Die Beilegung der Krise gelang nur nach Zugeständnissen der durch den Bürgerkrieg geschwächten chinesischen Regierung.

Abgesehen von diesen umgesetzten separatistischen Bewegungen gab es auch theoretische Konzepte, die keine unmittelbare praktische Bedeutung erlangten. Hier ist vor allem der "pantürkische Nationalismus" zu nennen, der von den beiden Uigurenführern Masud Sabri und Mohammed Emin Bugra entwickelt wurde. Dieser gegen die Minoritätenpolitik der Guomindang-Regierung entwickelte Ansatz versuchte nachzuweisen, daß Uiguren, Kasachen, Kirgisen, Usbeken, Tataren und Tadschiken Stämme einer einzigen, türkischen Nation seien. Konkrete Versuche zur Umsetzung dieses Ansatzes, die die Trennung Xinjiangs von China und die Vereinigung mit den entsprechenden Gebieten in der Sowjetunion zur Folge gehabt hätten, gab es allerdings nicht.¹³

Die Verwirklichung einer echten Unabhängigkeitsbewegung wäre auch äußerst schwierig gewesen. Ebenso wie die muslimischen Versuche mußte ein pantürkisch inspirierter Versuch zur Gründung eines unabhängigen zentralasiatischen Staates am Widerstand Rußlands bzw. der Sowjetunion scheitern. Während der Zugriff Chinas auf Xinjiang phasenweise sehr schwach war, war der Zugriff Moskaus auf Russisch-Zentralasien ungebrochen stark. Er ließ nur vorübergehend während der Umbruchphase, Erster Weltkrieg und Oktoberrevolution, etwas nach. In dieser Zeit konnten sich denn auch die revolutionäre panislamische Bewegung von 'Abd ar-rauf Fitrat in Turkmenistan und eine anti-russische Bewegung in Kasachstan entfalten. 1916 wurde

ein Aufstand der Nomadenstämme mit immenser Härte niedergeschlagen. Noch im selben Jahr, auf der Nationalitätenkonferenz in Lausanne, wurde von den Vertretern der verschiedenen zentralasiatischen Völker erstmals die Forderung nach Unabhängigkeit für das gesamte Gebiet erhoben und der Traum eines großen souveränen Turkestan beschworen.¹⁴

1.2.3 Von der Neuordnung Sowjetisch-Zentralasiens bis zur Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen Staaten

Am festen Zugriff Moskaus in Zentralasien sollte auch die kommunistische Machtübernahme 1917 nichts ändern. Im Gegenteil: die Kommunisten versuchten, die Region seit 1920 noch enger als bisher in den sowjetischen Staatsverband einzugliedern. Zur Förderung der wirtschaftlichen Anbindung wurde ein "Wirtschaftsrat Zentralasiens" ins Leben gerufen. Dem Wirtschaftsrat gehörten die damaligen Republiken Sowjetisch-Zentralasiens (Turkestan, Buchara und Chiwa) an. Der Rat erwies sich für die Moskauer Führung, ebenso wie das zum gleichen Zweck errichtete Büro der KP Zentralasiens, als Instrument mit ambivalentem Charakter: einerseits dienten beide der Integration dieser Republiken in die Sowjetunion, andererseits drohte sich gerade in ihnen das Selbstverständnis einer zentralasiatischen Einheit festzusetzen. Nach vollendeter Integration wurden deshalb, bis 1934, der Wirtschaftsrat aufgelöst, das Büro der KP Zentralasiens geschlossen und die nationalen Kader ausgeschaltet.¹⁵

Die Integrationsmaßnahmen waren aber nur ein Teil der Politik Moskaus. Hinzu kam eine konsequente Politik der Entnationalisierung. Nationalistischen Bewegungen sollte die Grundlage entzogen werden, damit sie nicht zu einer Gefahr für die Sowjet-Herrschaft werden konnten. Wichtigstes Element dieser Politik war die territoriale Reorganisation der Region. Eine Zusammenfassung aller Kasachen, Usbeken, Kirgisen oder anderer Ethnien in einer einzigen Republik sollte in jedem Falle verhindert werden.¹⁶ Ein ethnisch-heterogener und territorial-künstlicher Aufbau der Republiken schien der sowjetischen Regierung die beste Sicherung vor einem gegen Moskau gerichteten Nationalismus in Zentralasien: 1924 wurden die beiden

Khanate Chiwa und Buchara sowie das erst 1867 geschaffene Generalgouvernement Turkestan aufgelöst und auf die neuen Republiken Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan aufgeteilt. In Tadschikistan, das zunächst autonomes Gebiet innerhalb Usbekistans und 1929 eigenständige Unionsrepublik wurde, bekam ein Teil der nicht-türkischen, iranischen Volksgruppe der Tadschiken erstmals ein Territorium zugewiesen.¹⁷ Auch Kirgisien und Kasachstan gingen aus dieser Reorganisation hervor. Somit sind die Grenzen der heutigen zentralasiatischen GUS-Republiken das Ergebnis der stalinistischen Nationalitätenpolitik.

Obwohl hiermit das auf die Einheit der Turkvölker zurückweisende "Turkestan" aufgelöst war, mußte eine erfolgversprechende Politik Moskaus weitergehen. Sie mußte versuchen, die kulturelle und religiöse Einheit der dort lebenden Bevölkerung zu zerstören. Die sowjetische Regierung schaffte so als erstes das Arabische, die gemeinsame Schriftsprache der zentralasiatischen Republiken, ab, um es zunächst, 1929, durch das lateinische und später, 1939, durch das kyrillische Alphabet zu ersetzen. Ferner unterstützte Moskau Tendenzen einer fortschreitenden Differenzierung der Turkdialekte.¹⁸ Den Schlußpunkt dieser Politik sollte die Einführung des Russischen bilden.¹⁹

War diese Politik relativ erfolgreich, so scheiterte Moskau mit dem Versuch, das stärkste einigende Band der Turkvölker, den Islam, endgültig zu zerschlagen. Auch eine über vier Jahrzehnte andauernde internationale Isolation der zentralasiatischen Moslems (1923-64)²⁰, die Enteignung des islamischen Vaqfs-Besitzes und die schrittweise Ablösung des islamischen durch das sowjetische Recht²¹, konnten daran nichts ändern. Islam und Nationalismus wirkten auch weiterhin, zumindest unterschwellig, als einheitsstiftende Faktoren in den zentralasiatischen Republiken und darüber hinaus. Insbesondere nach der islamischen Revolution im Iran und dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979, sah man gerade in den Spannungen zwischen den zentralasiatischen Republiken und Moskau die Möglichkeit einer Destabilisierung der Sowjetunion von innen.

Die Ursachen für den nun erfolgten Zusammenbruch der UdSSR waren zwar anderer Natur, die Möglichkeit

einer Destabilisierung der Region ist aber keineswegs gebannt. Das historische Erbe künstlicher Grenzziehungen und das Wiedererwachen pantürkischer, panislamischer oder nationalistischer Ideen, wie sie sich gegenwärtig abzeichnen, bergen die Gefahr von Spannungen, die auch, grenzübergreifend, auf die VR China ausstrahlen und die gesamte Region zu einem brodelnden Kessel werden lassen können.

2 Die VR China und die neuen Konstellationen in Nord-Zentralasien: Risiken und Chancen

Durch den Zerfall der Sowjetunion ist die geopolitische Landschaft Nord-Zentralasiens in Bewegung geraten. Diese Veränderungen könnten dazu führen, daß Zentralasien wiederum zur Drehscheibe zwischen Ost und West werden wird. Jedoch dominieren vorerst noch die Sorgen vor einer Destabilisierung der Region - vor allem in der VR China.

2.1 Die veränderte Situation in Chinas Nordwesten

Bislang konnte Beijing, bei allen sonstigen Differenzen mit Moskau, davon ausgehen, daß man darin übereinstimmte, den nationalen Minderheiten zwar eine gewisse Autonomie, jedoch nie die Unabhängigkeit zu gewähren. Dieser Konsens, der sich beruhigend auf die innenpolitische Situation beiderseits der Grenze auswirkte, ist mit dem Zerfall der Sowjetunion zerbrochen. Dies vor allem, da nun Staaten die Unabhängigkeit erlangt haben, deren namensgebende Nationalitäten auch in Xinjiang ansässig sind. So leben dort, bei einer Gesamtbevölkerung von über 15 Mio., 1,1 Mio. Kasachen, knapp 140.000 Kirgisen, rund 33.000 Tadschiken und 14.000 Usbeken.²² Die chinesischen Kommunisten schränkten, einmal an der Macht, ihre früheren Beschlüsse zur 'Selbstbestimmung aller Nationalitäten' zwar weitgehend ein, zu den "zynischen" Methoden Stalins griffen sie allerdings nicht. Bereits in den 50er Jahren wurden von Beijing nach einem "Zellenprinzip" große, kleine und kleinste autonome Gebietskörperschaften, u.a. für die in Xinjiang lebenden Nationalitäten, gebildet.²³ Dies sind die beiden Autonomen Distrikte Yili (Kasachen, im Westen an der Grenze zu Kasachstan) und Kizilsu (Kirgisen, an der Grenze zu Kirgistan),

und drei autonome Kreise, wovon zwei kasachisch sind (Barkol im Osten sowie Mori zwischen Urumqi und Hami) und einer tadschikisch ist (Taxkorgan Tajik, an der Grenze zu Tadschikistan). Die Haupt-Siedlungsgebiete dieser ethnischen Gruppen grenzen also an die nun unabhängigen Republiken an. Abgesehen von den genannten Nationalitäten, in denen die Unabhängigkeit der Nachbarrepubliken ein neues Identifikationsmuster wachzurufen droht, gibt es bei den Uiguren, der stärksten nationalen Minderheit in Xinjiang (über 7 Mio.)²⁴, eine Kraft, in der separatistische Tendenzen bereits seit langem verankert sind.

Im vorangegangenen Kapitel wurde bereits auf die Aufstandsbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert hingewiesen. Aber auch in den letzten 10 Jahren kam es, u.a. aufgrund des verstärkten Zuzugs von Han-Chinesen, zu Unruhen in der Region.²⁵ Im April 1990 spitzte sich die Lage zu, als es im autonomen kirgisischen Distrikt Kizilsu zu blutigen Ausschreitungen kam. Diese Ansätze einer Unabhängigkeitsbewegung wurden jedoch sofort durch den Einsatz chinesischer Sicherheitskräfte niedergeschlagen. Als Anlaß für die Unruhen wird eine Bestimmung vom März angesehen, nach der der Neubau von Moscheen und die Gründung von Koranschulen prinzipiell verboten wurde. Ihr Hintergrund scheint aber brisanter zu sein. Sie werden in Verbindung gebracht mit einer Untergrundbewegung namens "Islamische Partei von Ostturkestan". Diese soll ein freies Ostturkestan anstreben und von afghanischen Widerstandskämpfern unterstützt werden. Daneben sollen auch andere pantürkische Befreiungsbewegungen aktiv sein. Eine von ihnen wird angeblich sogar von dem ehemaligen Generalsekretär der "Unabhängigen Republik Ostturkestan" (1944-46), dem in Istanbul lebenden İsa Jusuf Alptekin, unterstützt.²⁶

Hinzu kommt aber, daß es bereits Anfang 1990 im benachbarten Kirgisien, damals noch Sowjetrepublik, zu anti-russischen Unruhen gekommen war. Insofern verwundert es nicht, daß die chinesische Regierung beunruhigt auf die Situation in Xinjiang reagierte. Zunächst reisten im Juli 1990 der chinesische Sicherheitschef Qiao Shi und im darauffolgenden Monat der ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und der Generalsekretär der ZK-Militärkommission Yang Baibing nach Xinjiang.²⁷

Von der Regierung in Urumqi wurden dann Mitte September 1990 zwei Dokumente erlassen, die den staatlichen Zugriff auf Aktivitäten islamischer Kräfte erleichtern sollten: die Provisorischen Bestimmungen über die "Kontrolle religiöser Aktivitäten" und diejenigen über die "Kontrolle des religiösen Personals" in Xinjiang.²⁸ Nachdem am 5. Februar 1992 bei einem Bombenanschlag in Urumqi sechs Menschen getötet wurden, hat die Regierung von Xinjiang "die Niederschlagung des Separatismus als die politische Hauptaufgabe des Jahres 1992" bezeichnet.²⁹ Diese entschlossene Haltung muß in Verbindung mit der nur wenige Wochen zuvor, am 14. Januar, zusammengetretenen ersten landesweiten Konferenz zu Nationalitätenfragen gesehen werden. Vom ZK der KPCh und vom Staatsrat einberufen, stand die "Beratung der anstehenden Aufgaben im Jahr 1992" im Mittelpunkt der Konferenz. In seiner Rede wies Jiang Zemin u.a. darauf hin, daß China "als Vielvölkerstaat mit langer Geschichte weiter den Zusammenschluß aller Nationalitäten im Land stärken und entschlossen die Einheit des Landes schützen" werde. Ferner sagte er, daß "sowohl der Han-Chauvinismus als auch der lokale Nationalismus entschlossen bekämpft werden muß und daß keine separatistischen Aktivitäten geduldet werden dürfen."³⁰

Die Haltung der Beijinger Führung zeigt, wie sensibel China auf destabilisierende Entwicklungen in der Region reagiert. Die erste Welle der Instabilität, die mit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen GUS-Republiken 1991 endete, ist überwunden. Nun setzt Beijing, wie unten noch auszuführen sein wird, auf die Erhaltung des neuen Status quo. Dieser scheint jedoch von mehreren Seiten bedroht.

2.2 Faktoren der Instabilität

Wie instabil die Lage in Nord-Zentralasien ist, zeigt sich derzeit am deutlichsten in Tadschikistan, wo ein innenpolitischer Konflikt eskaliert ist. Daneben gibt es zum einen ein immenses Konfliktpotential zwischen den neu gegründeten Republiken, und zum anderen Strömungen, die die Schaffung ganz neuer Staatsgebilde anvisieren und damit den Status quo bedrohen.

2.2.1 Das Konfliktpotential in und unter den neuen unabhängigen Republiken

Die zentralasiatischen GUS-Republiken haben zwar 1991 die Unabhängigkeit erlangt, aber die kommunistischen Machtstrukturen blieben zum größten Teil erhalten. Lediglich in Kirgistan ist gegenwärtig eine nicht-kommunistische Regierung an der Macht. Alle anderen Republiken werden von 'Reformkommunisten', die bereits in der Sowjetunion Amt und Würden innehatten, geführt. In Tadschikistan ist aufgrund dieser Situation ein Bürgerkrieg zwischen den Anhängern der mittlerweile abgesetzten orthodox-kommunistischen Regierung³¹ und der aus Demokraten und islamischen Fundamentalisten zusammengesetzten Opposition entbrannt. Die Führungen der Nachbarrepubliken versuchen zwar ein Übergreifen der Krise zu vermeiden, dies ist jedoch u.a. von der weiteren Entwicklung der nationalistischen und islamischen Oppositionsgruppen in diesen Republiken abhängig.³²

Die GUS-Republiken Zentralasiens tragen aber nicht nur innenpolitisch an der Erblast der Sowjetunion. Was ihre Außenkontakte angeht, sind sie gar im doppelten Sinne mit der Hypothek künstlicher Grenzziehungen belastet. Ließe sich der ehemalige sino-sowjetische Grenzstreit durch eine zurückhaltende Politik von Beijing selbst entschärfen, so hat die Volksrepublik keinen Einfluß auf die Grenzkonflikte zwischen den GUS-Republiken. Die stalinistische Politik war von vorneherein darauf angelegt, daß diese Konflikte aufbrächen, sobald eine Republik die Unabhängigkeit anstreben würde. Die erlangte Unabhängigkeit fördert sie allem Anschein nach tatsächlich zu Tage. So deuten sich Konflikte an zwischen Kasachstan und Rußland um ein von Russen besiedeltes Gebiet im Norden Kasachstans³³ und auch zwischen Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan um Teile des Fergana-Beckens. Ferner gibt es Konflikte aufgrund der ethnischen Durchmischung in diesen Gebieten. Bereits im Juli 1990 kam es im Gebiet von Osch zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und Usbeken, die zur Vertreibung der jeweils anderen Minderheit aus dem eigenen Herrschaftsbereich führte.³⁴

Am brisantesten könnte sich der Konflikt zwischen den türkischen Usbeken und dem iranischen Volk der Tadschiken entwickeln. 23,5% der in Tadschikistan lebenden Bevölkerung sind Usbeken. Zeitungsberichten zufolge äußerte sich der usbekische Präsident bereits besorgt darüber, daß die neue Regierung Tadschikistans dort lebende Usbeken zwänge, das Land zu verlassen.³⁵ Obwohl nur 5% der usbekischen Bevölkerung tadschikischer Abstammung sind, stellt sich dieses Problem auch in umgekehrter Richtung. Denn die Tadschiken in Usbekistan leben im Gebiet von Buchara und Samarkand, das von den Tadschiken als ihr historisches Zentrum angesehen wird.³⁶ Solange die Verhältnisse in Tadschikistan selbst noch so unklar sind wie momentan, wird dieser Konflikt wahrscheinlich nicht offen ausbrechen. Falls aber die eigenen Probleme gelöst werden, erscheint es möglich, daß auf den tadschikischen Bürgerkrieg ein usbekisch-tadschikischer Konflikt folgen wird.³⁷

Ein weiterer Konfliktherd kann sich zudem aufgrund von knappen Wasservorräten zwischen Kirgistan, Usbekistan, Turkmenistan und ihren jeweiligen Nachbarrepubliken entwickeln.³⁸

In der gegenwärtigen Phase des Übergangs, in der sich der Status quo im Fluß befindet, scheint es, daß auch 'neue alte Ideen', wie Nationalismus, Pantürkismus und islamischer Fundamentalismus wieder auf fruchtbaren Boden fallen und zur Destabilisierung der Region beitragen können.

2.2.2 Das überregionale Konfliktpotential: Nationalismus, Pantürkismus und islamischer Fundamentalismus

Diese drei Faktoren können im Grunde nicht getrennt voneinander behandelt werden. Obwohl die Überschneidungen groß sind, sollen die Kernelemente, soweit möglich, isoliert betrachtet werden. Ein Konfliktpotential für die Region ist in allen drei Faktoren zu sehen, sie stellen sich jedoch nicht so radikal dar, wie dies manche Zeitungsmeldungen in jüngster Zeit vermuten lassen. Für die VR China kann aber auch die weniger radikale Realität besorgniserregenden Charakter annehmen.

- Der Nationalismus

Im Gegensatz beispielsweise zu den baltischen Sowjetrepubliken, wo sich seit Mitte 1988 sogenannte "Volksfronten" bildeten, ist es in den Republiken Zentralasiens nicht zur Entwicklung eines in Volksfrontbewegungen organisierten Nationalismus gekommen.³⁹ Es war eben der Zerfall der Sowjetunion und kein starker Nationalismus, der den zentralasiatischen GUS-Republiken die Unabhängigkeit bescherte.

Nationalistische Bewegungen in Zentralasien waren immer eng mit übergeordneten Einheitsmustern, wie dem islamischen Glauben oder der Gemeinschaft der Turkvölker verwoben. Arbeitet man aber dennoch mit dem Begriff Nationalismus, sollte man besser von "Ethno-Nationalismus"⁴⁰ sprechen. Das, was heute häufig als Nationalismus bezeichnet wird, ist nicht unbedingt an ein bestimmtes Territorium gebunden, sondern in erster Linie die ethnische Abgrenzung gegen andere: gegen Nicht-Moslems, gegen Nicht-Türken und gegen Angehörige anderer ethnischer Gruppen. Diese Abgrenzung hat gerade in den fünf zentralasiatischen Republiken, in denen jeweils große Gruppen anderer Ethnien leben, eine immense Bedeutung. In Kasachstan zeigt sich dies im Konflikt mit den im Norden lebenden Russen und an der Tatsache, daß ein großer Teil der deutschen Minderheit (1 Mio., 6% der Bevölkerung Kasachstans), aufgrund des wachsenden kasachischen (Ethno-) Nationalismus und der zunehmenden Islamisierung nach Deutschland auswandern will.⁴¹

Eine Sonderstellung nimmt hier das iranische Volk der Tadschiken ein. Sie müssen sich zusätzlich gegen für sie bedrohliche, pantürkische Bewegungen abgrenzen.⁴² Es verwundert deshalb auch nicht, daß sich gerade in Tadschikistan, trotz des anhaltenden Bürgerkrieges, der Ethno-Nationalismus besonders stark entwickelt. Für den Fall, daß sich die afghanischen Tadschiken in Kabul nicht durchsetzen können, gibt es bereits Spekulationen über die Gründung eines Groß-Tadschikistans, das Teile des nördlichen Afghanistans miteinbezüge.⁴³ Sollten sich solche Überlegungen konkretisieren, kann nicht ausgeschlossen werden, daß die in Xinjiang lebenden Tadschiken von dieser Bewegung erfaßt werden. Auch auf andere nationale Minderheiten in

Xinjiang könnte eine zunehmende Abgrenzung der Ethnien untereinander und gegenüber der ehemaligen Zentralmacht, wie sie jenseits der Grenze abläuft, dann zunehmend an Einfluß gewinnen.

- Pantürkismus und türkisches Verbundenheitsgefühl

Pantürkismus und das Verbundenheitsgefühl der Türken weisen über ethnische Unterscheidungen hinaus. Unter Pantürkismus versteht man "die Vereinigung aller Türken in Form politischer und kultureller Einheit der turksprachigen Völker".⁴⁴

Diese Idee konnte selbst durch die sowjetische Nationalitätenpolitik nicht vollständig zerstört werden. In den 20er und 30er Jahren unseres Jahrhunderts sollten die Unabhängigkeitsbewegungen in Xinjiang von ihr inspiriert sein, und auch heute ist diese Idee noch wach. Sind es in den zentralasiatischen GUS-Republiken vor allem die Usbeken, unter denen der Pantürkismus stark zu sein scheint,⁴⁵ so besitzt der Traum eines großen Turkestan, einem Reich der Türken, in Xinjiang vor allem unter den Uiguren einen starken Rückhalt. Anfang 1990, als es zu den Ausschreitungen in Xinjiang kam, ging man von der Existenz mehrerer "pantürkischer Befreiungsbewegungen" in der Region aus. Die Wurzeln dieser Bewegungen sind u.a. in den früheren Unabhängigkeitsbewegungen, aber auch in dem oben erwähnten "pantürkischen Nationalismus" der Uigurenführer Sabri und Bugra zu sehen. Der Umstand, daß diese beiden die Tadschiken als Teil der anzustrebenden Einheit betrachteten, kann im übrigen die Abwehrhaltung der Tadschiken gegen solche Ideen nur verstärken. Die langfristige Zielsetzung des April-Aufstandes 1990 war die Errichtung einer "Republik Ostturkestan"⁴⁶. Ob es darüber hinausgehende extrem pantürkische Bestrebungen gab, ist nicht klar zu erkennen. In den zentralasiatischen GUS-Republiken scheinen derartige Organisationen, wie die "Alasch-Partei" in Kasachstan, die für die Gründung eines Staates aller Turkvölker unter Einfluß der des Kaukasus eintritt, bislang ohne nennenswerten Einfluß.⁴⁷ Hingegen finden Ideen, die eine "Turkestanische Föderation" oder einen "turkestanischen Commonwealth" anvisieren, großen Zuspruch. Die Commonwealth-Idee, von der usbeki-

schen Oppositionspartei "Birlik" gefordert, wurde vom Präsidenten Usbekistans, Karimow, aufgenommen und wird nun von den Präsidenten Kasachstans und Kirgistans, Nazarbaev und Akajev, nicht mehr ausgeschlossen.⁴⁸ Aber solche Ideen können erst langfristig angestrebt werden. Zunächst werden sie noch von den Konflikten in der Region überlagert.

Kurzfristig zeigt sich das wiedererwachte türkische Gemeinschaftsgefühl jedoch bereits in der Intensivierung der Kontakte mit der Türkei. Das politische System der Türkei stellt für die Führungen der zentralasiatischen Republiken das Vorbild eines "laizistischen Systems der Trennung von Religion und Politik" dar.⁴⁹ Am stärksten zeigt sich die Nähe zur Türkei am Beispiel Usbekistans, das sogar seine Interessenvertretung im Ausland türkischen Botschaften und Konsulaten übertragen hat.⁵⁰ Das türkische Engagement ist sehr weitreichend. Es erstreckt sich von finanziellen Hilfen⁵¹ über den Aufbau von Joint Venture-Projekten⁵² bis hin zur Entsendung einer großen Zahl türkischer Facharbeiter.⁵³ Darüber hinaus unterstützt die Türkei die sprachliche Türkisierung der Region. Die Regierung in Ankara gewährt beispielsweise Hilfe bei der Umstellung auf das lateinische Alphabet, das von allen Regierungen, mit Ausnahme der Führung des persischsprachigen Tadschikistans, befürwortet wird,⁵⁴ sie vergibt in hoher Anzahl Stipendien zum Studium in der Türkei⁵⁵ und sie hat ein Fernsehsatelliten-Programm in modernem Türkisch für diese Region eingerichtet.⁵⁶

All diese Aktivitäten führen zu einer Verstärkung des 'Türkei-türkischen' Einflusses in Zentralasien. Die interethnischen Konflikte, zumindest zwischen den Turkvölkern, könnten durch diese Entwicklung entschärft werden. Beijing muß sich allerdings darum sorgen, daß die nationalen Minderheiten ihren Blick verstärkt auf die Entwicklung jenseits der Grenze richten werden. Auch "pantürkische" oder sonstige Unabhängigkeitsbewegungen in Xinjiang werden durch diese Entwicklung gestärkt werden.

- Islamischer Fundamentalismus und islamisches Gemeinschaftsgefühl

Das Verbundenheitsgefühl der Turkvölker basiert aber vor allem auch auf dem gemeinsamen islamischen Glau-

ben und ist ohne diesen kaum zu denken. Pantürkische und auch nationalistische Bewegungen waren immer auch religiöse Bewegungen, die sich gegen die Nicht-Gläubigen, d.h. Russen bzw. Han-Chinesen, richteten.

In Xinjiang zeigte sich dies in den oben erwähnten Aufstandsbewegungen von Yakub Beg im vergangenen Jahrhundert, von Ma Zhongying in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts, und heute beispielsweise in der Existenz der "Islamischen Partei von Ostturkestan".⁵⁷ In der Sowjetunion wurde noch 1990 unionsweit die "Islamische Wiedergeburtspartei" (IWP) gegründet. Sie wendet sich gerade gegen säkularisierte Regimes, wie sie die Führer der zentralasiatischen GUS-Republiken anstreben, und insbesondere gegen die Türkei.⁵⁸ In Usbekistan ist die IWP verboten worden, in Tadschikistan konnte sie mit 34% bei den Präsidentschaftswahlen im November 1991 ihren größten Erfolg verbuchen.⁵⁹ Dennoch ist aus diesen Beobachtungen nicht die Gefahr eines "islamischen Fundamentalismus" nach iranischem Vorbild abzuleiten. So ist die Mehrzahl der zentralasiatischen Moslems, auch die Tadschiken, sunnitisch und nicht schiitisch, wie ihre Glaubensbrüder im Iran, und ferner scheint Brauchtum dort nach wie vor wichtiger als religiöser Eifer zu sein.⁶⁰ Auch unter den Muslimen der Region werden fundamentalistische Strömungen mit Skepsis betrachtet. Selbst das Oberhaupt der Muslime in Tadschikistan, Khodschi Akbar Turadschonsoda, hat sich vorerst, ebenso wie die Regierungschefs der Region, für den Aufbau eines demokratischen, weltlichen Staates und gegen die Gründung eines islamischen Staates ausgesprochen.⁶¹

Der Iran hat sich auf diese Situation eingestellt und versucht seinen Einfluß nicht durch 'Revolutionsexport', sondern auf dem Wege wirtschaftlicher Kooperation zu erweitern. Die Unterstützung der persisch sprechenden Tadschiken steht hier erwartungsgemäß an erster Stelle. Erst Ende Juni 1992 vergab Teheran einen 50-Mio.-Dollar-Kredit an Tadschikistan.⁶² Doch steht der Iran nicht nur mit der Türkei im Wettstreit um den stärksten Einfluß in Zentralasien. Auch andere islamische Staaten bemühen sich, in der Region Fuß zu fassen. So engagiert sich Pakistan in Tadschikistan mit einem 500-Mio.-Dollar-Kredit zum Weiterbau ei-

nes Wasserkraftwerks und in Usbekistan beim Aufbau eines Telekommunikationsnetzes. Der Oman hat mit Kasachstan einen Vertrag über die Verlegung einer Ölpipeline abgeschlossen, und in Tadschikistan besteht Hoffnung auf ein stärkeres Engagement Saudi-Arabiens und Kuwaits beim wirtschaftlichen Aufbau.⁶³

All diese Verbindungen zeigen, daß das alte islamische Gemeinschaftsgefühl in Zentralasien neu auflebt und sich prägend auf die Entwicklung der Region auswirken wird. Gleichzeitig scheint die Gefahr eines "islamischen Fundamentalismus" derzeit gering. Lediglich in Tadschikistan erlangen solche Kräfte eine gewisse Stärke, zu einem politisch bestimmenden Faktor konnten sie aber selbst dort nicht werden. Die Art und Weise wie sich der islamische Glaube in den zentralasiatischen Republiken entfalten kann, wird nicht ohne Auswirkungen auf die Haltung der Moslems in Xinjiang bleiben. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind die neuen Republiken noch kein allumfassender Orientierungspunkt für die in Xinjiang lebenden nationalen Minderheiten. Dies kann sich aber ändern, wenn Pläne für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region, wie sie projiziert und zum Teil bereits umgesetzt wurden, erfolgreich sein werden.

2.3 Wirtschaftliche Lage und Kooperationspläne in Nord-Zentralasien

Bereits vor ihrer Unabhängigkeit gehörten die zentralasiatischen Republiken zu den ärmsten der Sowjetunion. In einem wirtschaftlichen "Ranking" der Sowjetrepubliken von 1990 - bezogen auf Kriterien wie Industrialisierungsgrad, landwirtschaftliche Produktion u.a. - wurde lediglich Kasachstan als "wirtschaftlich mäßig stark", die anderen vier zentralasiatischen Staaten dagegen als "wirtschaftlich schwach" eingestuft.⁶⁴ Die Zentralverwaltungswirtschaft mit ihrer Ausrichtung auf die Bedürfnisse Moskaus und der daraus folgenden starken Verflechtung der Republiken untereinander erschweren sowohl die Umstellung auf die Marktwirtschaft, als auch den raschen Einstieg in eine unabhängige Wirtschaftspolitik.⁶⁵

2.3.1 Die wirtschaftliche Situation der zentralasiatischen GUS-Republiken

Im Moskauer Plan waren die zentralasiatischen Republiken, mit Ausnahme Kasachstans, für den Baumwollanbau vorgesehen.⁶⁶ Diese einseitige Wirtschaftsstruktur stellt für die nun angestrebte rasche Umstellung auf die Marktwirtschaft ein großes Hindernis dar. Nach einem euphorischen Start, mit Privatisierungsmaßnahmen, der Einrichtung von freien Wirtschaftszonen sowie der Einführung privaten und genossenschaftlichen Eigentums,⁶⁷ sind Mitte 1992 in allen zentralasiatischen Staaten die wirtschaftlichen Probleme um so deutlicher hervorgetreten. In Kasachstan fiel das Bruttosozialprodukt (BSP) allein in den letzten sechs Monaten um 19%⁶⁸, in Tadschikistan sank u.a. die landwirtschaftliche Produktion um 50%⁶⁹, und in Usbekistan muß man gar davon ausgehen, daß mittlerweile 80% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben.⁷⁰ Die kirgisische Regierung hat mit einem Rückgang der Industrieproduktion um 16,5% zu kämpfen⁷¹ und aufgrund des Devisenmangels muß der gesamte Außenhandel dieser Republiken mit "materiellen Gütern" abgewickelt werden.⁷²

Trotz der düsteren aktuellen Wirtschaftslage ist Nord-Zentralasien wegen seiner Bodenschätze und Rohstoffvorkommen für ausländische Investoren interessant. Langfristig mag deshalb die Hoffnung auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung nicht unbegründet sein. Die Verteilung der Ressourcen ist allerdings sehr unterschiedlich. Auf dem Energiesektor besitzen nur Turkmenistan (Erdgas) und Kasachstan (Rohöl/Kohle) umfangreiche Vorkommen. In Usbekistan reichen die Rohölvorkommen noch zur Deckung des Eigenbedarfs, wohingegen Kirgistan und Tadschikistan im Energiesektor auf Einfuhren angewiesen sind. Jedoch bietet sich diesen beiden Bergländern in der Wasserkraft eine alternative Energiequelle.⁷³ Tadschikistan besitzt zudem umfangreiche Uranvorkommen, die sich auf ein Siebtel der Weltreserven belaufen, und ist, wie auch Kasachstan, im Besitz von Nichteisenmetallen. Usbekistan kann auf seiner Habenseite große Goldvorkommen verbuchen.⁷⁴ Auch Kirgistan

ist im Besitz einiger seltener Metalle, die vor allem in der Halbleiterindustrie benötigt werden.⁷⁵

Die natürlichen Ressourcen können die Basis für eine wirtschaftliche Sanierung der zentralasiatischen Republiken bilden. Aufgrund der fehlenden Kapazitäten, die Vorkommen aus eigener Kraft zu fördern, müssen jedoch zunächst die Voraussetzungen für ein ausländisches Engagement in der Region geschaffen werden. Um dies zu erreichen, haben alle fünf Republiken Anfang des Jahres einen Aufnahmeantrag für den Internationalen Währungsfond (IWF) gestellt. Diesem wurde im Falle Kirgistans im Mai, im Falle Kasachstans im Juli entsprochen. Die Aufnahme Tadschikistans scheint noch vor Ende des Jahres möglich.⁷⁶

Inzwischen sind eine ganze Reihe westlicher Firmen in der Region aktiv. In der Erdölförderung Kasachstans engagieren sich die amerikanische Chevron, die französische Elf Aquitaine, sowie British Gaz und die italienische AGIP. Zwischen Turkmenistan und der Türkei laufen Verhandlungen über den Bau einer Gaspipeline bis an die türkische Mittelmeerküste. Und in Usbekistan wurde ein Joint Venture mit einer US-Firma über die Goldförderung abgeschlossen. Aber es gibt auch über den Abbau von Rohstoffen hinausgehende Pläne. So wird beispielsweise sowohl in Kasachstan als auch in Usbekistan der Aufbau seiner eigenen Kfz-Industrie angestrebt.⁷⁷

Wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität hängen sehr eng miteinander zusammen. Fehlende wirtschaftliche Entwicklung kann zur Destabilisierung führen, und umgekehrt ist ohne eine relativ stabile politische Lage kein ausreichendes Wirtschaftswachstum zu erwarten. Die wirtschaftlichen Probleme der zentralasiatischen Staaten, mit Ausnahme Tadschikistans, lassen sich zur Zeit noch vor allem auf Umstellungsschwierigkeiten, von einer abhängigen auf eine freie Wirtschaft, zurückführen. Aber nicht nur das Engagement ausländischer Investoren wird sich auf die Wirtschaftsentwicklung der zentralasiatischen Staaten positiv auswirken. Ebenso ist von einer erfolgreichen Umsetzung regionaler Kooperationspläne ein positiver Effekt auf die Wirtschaft und damit auch auf die Stabilität Nord-Zentralasiens zu erwarten.

2.3.2 Kooperationspläne in Nord-Zentralasien

Der Zerfall der Sowjetunion eröffnete völlig neue Möglichkeiten der internationalen Kooperation. Diese reichen von der Schaffung einer "gemeinsamen Wirtschaftsregion" der zentralasiatischen GUS-Republiken⁷⁸ über einen von Pakistan vorgeschlagenen "Islamischen Freihandelsblock"⁷⁹ bis hin zur Erweiterung der "Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit" (OWZ).

In der OWZ sind die neuen Möglichkeiten bislang am weitesten genutzt worden. 1964 als "Organisation für Regionale Entwicklungskooperation" vom Iran, der Türkei und Pakistan gegründet, führte sie lange Zeit ein Schatten-dasein. Daran änderte auch der Wiederbelebungsversuch von 1985, als sie ihren heutigen Namen erhielt, nur wenig.⁸⁰ Diese Situation scheint sich nun aber zu wandeln. Die OWZ ist inzwischen bereits um fünf Staaten erweitert worden. In einem ersten Schritt traten Aserbaidschan, Usbekistan und Turkmenistan, in einem zweiten Tadschikistan und Kirgistan bei. Während Kasachstan noch einen Beobachterstatus einnimmt, haben Armenien und Rumänien bereits Beitrittswünsche geäußert. Afghanistan soll nach Beilegung seiner inneren Probleme in die Organisation aufgenommen werden.⁸¹ Aber bereits mit der bisherigen Erweiterung wurde mit annähernd 300 Millionen Einwohnern die weltweit größte Wirtschaftsgemeinschaft muslimischer Staaten geschaffen.⁸² Mit einem der ersten Projekte sollen die Straßenverbindungen zwischen den Mitgliedsstaaten verbessert werden. Andere Projekte können sich auch vorteilhaft auf die VR China auswirken. So soll eine Eisenbahnverbindung, die von der Türkei bis nach China reichen wird, vollendet und der Ausbau des kasachisch-chinesischen Grenzbahnhofs Druschba beschleunigt werden. Für die Zukunft planen die OWZ-Staaten die Errichtung einer eigenen Invest- und Entwicklungsbank.⁸³

So groß die Erwartungen sind, die in die OWZ gesetzt werden, so groß sind die Probleme, denen sie sich gegenübergestellt sieht. Zum einen ist die OWZ in erster Linie um ökonomisch schwache Mitglieder, die auf große wirtschaftliche Hilfe angewiesen sind, erweitert worden. Zum anderen be-

steht die Gefahr, daß sich die iranisch-türkische Konkurrenz um den vorherrschenden Einfluß in der Region lähmend auf die Arbeit der Organisation auswirken wird. Aber allein die Tatsache, daß die neuen zentralasiatischen Republiken in einen Verbund mit relativ starken Ländern eingetreten sind, kann, sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich, zu einer Stabilisierung der Region beitragen.

Ein solcher Gang der Dinge wäre sicher auch im Interesse der VR China, obwohl der damit einhergehende verstärkte Kontakt zwischen der Bevölkerung Xinjiangs und derjenigen der zentralasiatischen Staaten Unwägbarkeiten für die Beijinger Führung birgt. Der Zerfall der Sowjetunion und alle damit verbundenen Veränderungen in der Region haben eine ganz neue Situation für die chinesische Führung geschaffen. Hatte man es vorher, realistisch betrachtet, lediglich mit 'lokal-begrenzten' Unabhängigkeitsbewegungen in Xinjiang zu tun, so besitzen neu aufkommende, aber ebenso die bereits existierenden Unabhängigkeitsbewegungen eine ganz neue Qualität. Sie können sich nun auf den Präzedenzfall des Zusammenbruchs der Sowjetunion und auf die Existenz unabhängiger Staaten jenseits der Grenze berufen. Ob solche Bewegungen dann von ethno-nationalistischen, pantürkischen oder islamischen Ideen getragen werden, ist für die sich daraus ergebenden Konsequenzen unerheblich. Die Lage der Beijinger Führung ist schwieriger geworden. Eine durch die Veränderungen in der ehemaligen Sowjetunion inspirierte Unruhe in Xinjiang würde auch auf andere Regionen der VR China ausstrahlen. Die Art und Weise, mit der die Regierung in Beijing den neuen unabhängigen Staaten jenseits ihrer Grenzen entgegentritt, ist somit von nicht zu unterschätzender Bedeutung auch für den Zusammenhalt und damit für die Zukunft der Volksrepublik China.

3 Die Politik der chinesischen Führung gegenüber den neuen zentralasiatischen Staaten

Die Existenz der neuen zentralasiatischen Staaten ist zwar die Folge einer epochemachenden Veränderung an Chinas Nordflanke, doch die Beijinger Führung bemüht sich konsequent, im

Umgang mit dieser neuen Situation den Eindruck der Normalität und der Geschäftsmäßigkeit zu vermitteln. Dies hängt nicht zuletzt mit dem Wunsch Beijings zusammen, ein Übergreifen dieser Entwicklungen auf die Volksrepublik zu verhindern - eine Möglichkeit, die in der VR China zwar erkannt, aber, wohl gerade aus diesem Grunde, nicht ausgesprochen wird.

3.1 Kontinuität trotz der veränderten Lage

Der Zerfall der Sowjetunion ereignete sich in einer Situation, in der sich die Beziehungen zwischen beiden kommunistischen Großmächten, nach Jahrzehnten der Konfrontation, wieder zu verbessern schienen. Im Mai 1989 kam der damalige Staats- und Parteichef Gorbatschow zu einem Staatsbesuch in die chinesische Hauptstadt, und im April des darauffolgenden Jahres fand der Gegenbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng in Moskau statt. Die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zeigte sich auf verschiedenen Ebenen. Es kam u.a. zu Kontakten zwischen den beiden Volksvertretungen, zwischen hohen Militärs und zwischen Vertretern der Massenorganisationen der beiden Länder. Bemerkenswert ist aber vor allem, daß es zu einer 'Normalisierung' der KP-Kontakte kam. Im Februar 1991, nur sechs Monate vor der faktischen Auflösung der kommunistischen Partei Rußlands, wurden sogar die offiziellen Parteibeziehungen zwischen der KPCh und der KPdSU wieder aufgenommen.⁸⁴ Nur einen Monat später, im März 1991, gewährte die Volksrepublik der wirtschaftlich kränkelnden Sowjetunion einen Warenkredit in Höhe von umgerechnet 1,15 Mrd. DM.⁸⁵

Mit dem Moskauer Putsch vom August 1991 sollte in Beijing die Hoffnung wieder aufflammen, daß in der Sowjetunion die Sache des Sozialismus doch noch gerettet werden könnte. Nach dem Scheitern des Putsches brach diese Hoffnung aber ebenso schlagartig in sich zusammen wie die rege Berichterstattung über die Moskauer Ereignisse in der chinesischen Presse.⁸⁶ Der nun beginnende Zerfall der Sowjetunion und die baldige Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), am 21. Dezember 1991, ließ für Trauerarbeit jedoch keine Zeit.

Die Beijinger Führung sollte sich rasch auf die neue Situation einstellen. Bereits am 7. September 1991, zwei Wochen nach dem Moskauer Putsch, wurden die baltischen Staaten diplomatisch anerkannt; am 22. Dezember unterzeichneten die VR China und die Republik Kasachstan ein Handelsabkommen, und nur zwei Tage nach dem Rücktritt Gorbatschows als Präsident der Sowjetunion erkannte die Volksrepublik, am 27. Dezember, die Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen, wie auch der übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken, an.⁸⁷ Es wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die freundschaftlichen Beziehungen mit allen ehemaligen Sowjetrepubliken auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz weitergeführt würden, doch bemühte man sich vor allem darum, den 'normalen' Gang der Dinge nicht zu unterbrechen. So wurde beispielsweise die für den 11. und 12. Dezember anberaumte fünfte Runde der sino-sowjetischen Grenzverhandlungen, trotz der Veränderungen in der Sowjetunion, geschäftsmäßig, in einer "freundlichen und sachbezogenen Atmosphäre" abgehalten.⁸⁸ Der politische Wille, Kontinuität und Stabilität auch in einer Phase offensichtlichen Umbruchs nicht zu gefährden, war hier deutlich zu erkennen.

3.2 Die stabilitätsorientierte Außenpolitik der Beijinger Führung

Stabilität, nach innen und nach außen, wird von der chinesischen Führung als Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung ihrer Reformpolitik angesehen. Es verwundert deshalb nicht, daß der inneren und äußeren Stabilität eine immense Bedeutung auch im Umgang mit den neuen Konstellationen in Nord-Zentralasien beigemessen wird. Nach innen versucht die KP-Führung durch eine Politik der Stärke, alle aufkommenden separatistischen Tendenzen im Keim zu ersticken. Die bereits erwähnten Reaktionen auf die April-Unruhen 1990 bestätigen diese Einschätzung. Nach außen bemüht sich die chinesische Führung um ein konfliktfreies, reibungsloses Verhältnis zu den neuen Nachbarrepubliken.

Daneben ist aber festzustellen, daß von chinesischer Seite die Möglichkeit einer Destabilisierung Chinas durch die Entwicklungen in Nord-Zentralasien gänzlich ausgeklammert bleibt. Gefährdet sind nur andere Regionen,

denn "heute (Januar 1992, S.F.) erfreut sich China politischer Stabilität, gesellschaftlichen Friedens, harmonischen Zusammenlebens der ethnischen Gruppen und eines stetigen Wirtschaftswachstums."⁸⁹ Es scheint, daß nicht nur in Taten, sondern auch 'in Gedanken' der böse Geist der Instabilität ferngehalten werden soll.

3.2.1 Der Umgang mit den neuen Staaten: 'Normalität und Vorsicht'

Ebenso rasch wie Beijing die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken anerkannt hatte, gestalteten sich die Verhandlungen über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Die Volksrepublik unterzeichnete mit ihnen zwischen dem 2. und 6. Januar 1992 diesbezügliche Kommuniqués, in denen ferner die Einhaltung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz vereinbart und die Gültigkeit der Beijinger Taiwan-Klausel bestätigt wurde.⁹⁰

Aber bei allen Bemühungen um 'Normalität' war deutlich das Bestreben Beijings erkennbar, die Kontakte zu dosieren und vorerst ausschließlich über die chinesische Hauptstadt laufen zu lassen. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfolgte auch noch kein offizieller Besuch eines chinesischen Spitzenpolitikers in einer der fünf neuen Republiken. Einzige Ausnahme bildet in diesem Zusammenhang eine KPCh-Delegation, die den an der Macht verbliebenen 'reformierten Bruderparteien' Kasachstans, Usbekistans und Turkmenistans im März 1992 Besuche abstattete.⁹¹ Tadschikistan, das zu jener Zeit ebenso noch von 'Reformkommunisten' gelenkt war, wurde nicht besucht. Ein Grund hierfür ist sicherlich darin zu sehen, daß sich der dort inzwischen zum Bürgerkrieg eskalierte Machtkampf bereits ankündigte. Die Führung in Beijing hat sich, im einzigen 'heißen' Konflikt der Region, ein Höchstmaß an Zurückhaltung auferlegt. Auch mit Turkmenistan, der am weitesten von China entfernten Republik Zentralasiens, kam es bislang nicht zu hochrangigen Kontakten. Demgegenüber fand sich der usbekische Staatspräsident Karimow, auf Einladung seines chinesischen Amtskollegen Yang Shangkun, vom 12. bis 14. März 1992 zu einem Staatsbesuch in der chinesischen Hauptstadt ein. Der als erfolgreich bewertete Be-

sich schloß mit der Unterzeichnung von 15 Abkommen, darunter einem Kooperationsabkommen der beiden Außenministerien, und einem gemeinsamen Kommuniqué.⁹² Blieben die hochrangigen Kontakte mit Usbekistan bislang auf diesen Besuch beschränkt, so scheint die Beijinger Führung doch sehr um intensive Kontakte zu den angrenzenden Republiken, Kasachstan und Kirgistan, bemüht.

Hier kam es zu einer regen 'Empfangsdiplomatie' auf unterschiedlichen Ebenen. Seit Anfang dieses Jahres trafen neun kasachische und vier kirgisische Delegationen in der Volksrepublik ein. Zu den Höhepunkten auf kasachischer Seite zählen der zweimalige Besuch des Premierministers, im Februar und im Juni, sowie der Besuch des Außenministers Mitte August. Aus Kirgistan reisten der Präsident im Mai und der kirgisische Premierminister, Anfang August, zu offiziellen Besuchen nach China. Bei allen Gesprächen stand, neben der unten noch zu beschreibenden Ausweitung des Handels, die Verstärkung der Zusammenarbeit der Regierungen im Mittelpunkt. So schloß die chinesische Regierung auch mit diesen beiden Republiken Vereinbarungen über regelmäßige politische Konsultationen u.a. der beiden Außenministerien.⁹³ Ebenso waren die Öffnung von Grenzübergängen und der Ausbau der Straßen-, Eisenbahn- und Luftverbindungen Gegenstand der Gespräche. Obwohl am 29. April 1992 der erste sino-kirgisische Grenzübergang, Turquat, formell eröffnet wurde,⁹⁴ kam es zwischen Kirgistan und der Volksrepublik noch nicht zu ähnlich weitreichenden Transportabkommen wie zwischen der Volksrepublik und Kasachstan. Die Gespräche mit Kasachstan standen in enger Verbindung mit der lange geplanten und im Juni 1992 offiziell eröffneten Bahnverbindung zwischen beiden Ländern, einem Teilstück der Bahnlinie, die von der chinesischen Ostküste bis nach Rotterdam reicht.⁹⁵ Mittlerweile ist darüber hinaus ein sino-kasachisches Luftfahrtabkommen zum Abschluß gebracht worden.⁹⁶ Es werden zwar, wie mit Kirgistan, Verhandlungen über die Öffnung weiterer Grenzübergänge geführt und die Entwicklung des Grenzhandels propagiert, namentlich bekannt sind allerdings nur der Horgos-Übergang und der Übergang über den Alataw-Paß. Dies sind auch die Grenzposten, über die die beiden in-

zwischen existierenden Straßenverbindungen zwischen Xinjiang und Kasachstan führen.⁹⁷ Mittlerweile wurde auf beiden Seiten auch der Visa-Zwang aufgehoben, was aber aufgrund der Schwierigkeiten für Chinesen, einen Reisepaß zu erhalten, vor allem den Bewohnern Kasachstans zu Gute kommt.⁹⁸

Obleich die intensiven Kontakte gerade zu Kasachstan und Kirgistan den Eindruck der Normalität im beiderseitigen Verhältnis erwecken sollen, kann nicht übersehen werden, daß sich die Beijinger Führung im Umgang mit ihnen bislang ein hohes Maß an Zurückhaltung und Vorsicht auferlegt. So standen bei den Besuchen der Präsidenten Usbekistans und Kirgistans neben Beijing zwar auch andere Städte, Shanghai bzw. Shenzhen, auf dem Programm. Eine Reise in die von Angehörigen ihrer ethnischen Gruppe bewohnten Gebiete Xinjiangs blieb aber in beiden Fällen ausgeklammert.⁹⁹ Selbst wenn man davon ausgehen kann, daß der Verzicht auf eine solche Geste auch im Interesse der beiden anderen Regierungen war, so bleibt festzuhalten, daß sich die Beijinger Führung sehr wohl der brisanten Lage in der Region bewußt ist und dementsprechend vorsichtig agiert. Auch bei den beiden China-Besuchen des kasachischen Premiers, die ihn zur Eröffnung der Bahnlinie auch nach Urumqi führten, waren die Ansprechpartner beide Male Abgesandte der chinesischen Zentralregierung.¹⁰⁰ Ebenso verhielt es sich beim Besuch des kirgisischen Ministerpräsidenten in Urumqi Anfang August.¹⁰¹

Die chinesische Regierung scheint den festen Willen zu haben, die Kontakte mit den neuen Nachbarrepubliken einerseits zu kontrollieren und andererseits auch zu dosieren. Der Umstand, daß es bislang an der 1.700 km langen sino-kasachischen Grenze nur zwei offizielle Übergänge und an der sino-kirgisischen nur einen einzigen gibt, muß so gedeutet werden. Dieses Bestreben der Beijinger Führung zeigt sich auch darin, daß es bislang noch zu keinem chinesischen Staatsbesuch in einer der fünf neuen Republiken gekommen ist. Einladungen aus Kasachstan und Kirgistan liegen spätestens seit Februar bzw. Mai dieses Jahres vor,¹⁰² doch ist die chinesische Führung möglicherweise um die Folgen einer solchen Geste besorgt. Der mit dem Einsatz von Si-

cherheitskräften niedergehaltene Aufstand vom April 1990 machte bereits deutlich, wie stark separatistische Bestrebungen in Xinjiang werden können. Besuche von Regierungsvertretern der Nachbarstaaten in der weit entfernten chinesischen Hauptstadt oder auch Begegnungen in der Hauptstadt Xinjiangs mit Abgesandten der chinesischen Zentralregierung lassen sich noch relativ gut kontrollieren. Die symbolische Wirkung eines chinesischen Staatsbesuches in einer der angrenzenden zentralasiatischen Republiken könnte demgegenüber dazu führen, daß die separatistischen Bewegungen gestärkt und es für Beijing noch schwerer würde, die Lage in Xinjiang zu kontrollieren.

Die Regierung der Volksrepublik befindet sich tatsächlich in einem Dilemma. Auf der einen Seite erkennt sie sehr wohl, daß der Zerfall der Sowjetunion und die enger werdenden Beziehungen zwischen den zusammengehörenden ethnischen Gruppen beiderseits der Grenze, auch Gefahren für die Stabilität Chinas bergen. Auf der anderen Seite weiß sie aber auch, daß sie diese Beziehungen nicht auf Dauer behindern kann. Sie versucht deshalb, erstens, die Kontakte so weit wie möglich zu dosieren und in eine von ihr gewünschte Richtung zu lenken, zweitens, im Umgang mit den neuen Staaten den Anschein der Normalität zu erwecken und von großen Gesten abzusehen und drittens, ein gutes Einvernehmen mit ihnen zu erlangen. Für letzteres ist auch der Umgang mit den ererbten sino-sowjetischen Konfliktpunkten entscheidend.

3.2.2 Entschärfung des bilateralen Konfliktpotentials: Grenzkonflikt und Truppenabbau

Ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis und die Sicherung der Stabilität in der Region sind natürlich nicht nur im Interesse der VR China, sondern entsprechen genauso den Wünschen der Regierungen der zentralasiatischen Republiken. Insofern herrscht bei den Führungen aller Staaten Einigkeit beispielsweise darüber, daß fundamentalistische Strömungen abgewehrt werden sollen.¹⁰³ Auch in der Behandlung von 'Altlasten', wie dem sino-sowjetischen Grenzkonflikt, sind alle Seiten auf die Entschärfung der Situation bedacht.

Dieser Grenzkonflikt geht auf die bereits erwähnten Verträge zwischen dem zaristischen Rußland und dem chinesischen Kaiserreich zurück. Die Volksrepublik hat diese sogenannten "ungleichen Verträge" völkerrechtlich zwar nie anerkannt, erklärte sich allerdings bereit, auf der Grundlage der in den Verträgen festgelegten Grenzziehung neue, "gleiche" Verträge abzuschließen. Gebiete, die jedoch unter Verletzung der ursprünglichen Verträge von Rußland besetzt worden seien, müßten dagegen an China zurückgegeben werden. Ein solcher Fall liegt nach chinesischer Auffassung im Dreiländereck China-Tadschikistan-Afghanistan vor.¹⁰⁴ Die sino-sowjetische Annäherung hat sich aber auch auf die Regelung des Grenzkonfliktes positiv ausgewirkt. So erzielte man bereits vor dem Zerfall der Sowjetunion eine weitgehende Einigung über den Verlauf des östlichen Grenzabschnittes, und im März 1992 konnte ein diesbezügliches russisch-chinesisches Abkommen unterzeichnet werden.¹⁰⁵

Offen blieb allerdings die Regelung des westlichen Abschnittes, die nun in Verhandlungen mit Rußland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan erfolgen muß. Im April dieses Jahres sprach sich der neue Botschafter Rußlands in der Volksrepublik dafür aus, daß die vier Staaten eine gemeinsame Delegation für die Verhandlungen mit China bilden sollten. Im Juli und August kam es zu solchen '4+1'-Gesprächen in Moskau, und Anfang September haben die vier GUS-Republiken ihre Zusammenarbeit in Grenzfragen sogar vertraglich festgelegt.¹⁰⁶ Zuvor fanden aber bereits bilaterale Gespräche der Volksrepublik mit diesen Staaten - einzige Ausnahme bildete Tadschikistan - statt.

In den Verhandlungen mit Kirgistan und Kasachstan wurde schon bald deutlich, daß alle Seiten an einer Entschärfung des Grenzkonfliktes interessiert sind. So wurde in den gemeinsamen Kommuniqués immer wieder betont, daß beide Seiten die bis dahin getroffenen sino-sowjetischen Grenzvereinbarungen übernehmen und die Verhandlungen in diesem Sinne fortsetzen wollten.¹⁰⁷ Da die Grenzen mit Kirgistan und Kasachstan relativ unstrittig sind, scheint dort eine baldige Lösung durchaus wahrscheinlich zu sein.

Bleibe also der sino-tadschikische Grenzverlauf, der ohnehin am strittigsten gewesen war. Obwohl nicht vollkommen ausgeschlossen werden kann, daß die Volksrepublik auch weiterhin, wie gegenüber der Sowjetunion, auf der "Rückgabe" eines mehr als 20.000 km² großen Gebietes besteht, so ist dies unwahrscheinlich. Forderungen, die zur Zeit des sino-sowjetischen Konfliktes u.a. der Diskreditierung der 'sozialimperialistischen' Sowjetunion dienten und die Stärke der VR China unter Beweis stellen sollten, haben nun einen ganz anderen Charakter. Tadschikistan wird sich kaum freiwillig zur Abtretung eines nicht unbedeutenden Teils seines Territoriums bereit erklären. Wenn sich die Beijinger Führung, wovon auszugehen ist, auch in Zukunft als 'Hort der Stabilität' präsentieren und diese vermeintliche Stabilität nicht gefährden möchte, wird sie sich in der Frage der sino-tadschikischen Grenze konziliant verhalten müssen.

Ein anderer Bereich, in dem das sino-sowjetische Erbe die Beziehungen der VR China zu den neuen Republiken gefährden könnte, ist in den beiderseits der Grenze stationierten Armeeeinheiten zu sehen. Aber auch hier hat die sino-sowjetische Annäherung zur Entschärfung der Situation bereits beigetragen. So fand im November 1989 die erste sino-sowjetische Konferenz über den Truppenabbau an der gemeinsamen Grenze statt.¹⁰⁸ Zwischen der Volksrepublik und Rußland laufen die Gespräche, wie zuletzt vom 21.3. bis 16.4.1992 in Beijing, weiter.¹⁰⁹ Eine Aufnahme von Abrüstungsgesprächen ist sowohl mit Kirgistan als auch, etwas später, mit der Noch-Atommacht Kasachstan vereinbart worden.¹¹⁰ Der Wille, mögliche Konflikte zu entschärfen, scheint auch in diesem Punkte vorherrschend.

Die Regierungen in China und in den zentralasiatischen Republiken wissen, daß auch der neue Status quo in Nord-Zentralasien sowohl durch islamisch oder pantürkisch inspirierte separatistische Bewegungen in Xinjiang als auch durch den aufkommenden Ethno-Nationalismus in den neuen Republiken bedroht ist. Da Regierungen auf solche Entwicklungen nur sehr schwer einen mäßigen Einfluß ausüben können, müssen sie sich zumindest um ein von Konflikten freies zwischenstaatliches Verhältnis untereinander

bemühen. Dieser Wille ist auf Seiten der Volksrepublik und auf Seiten ihrer Nachbarstaaten deutlich erkennbar. Darüber hinaus kann eine solche Entwicklung durch den Ausbau der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen verstärkt werden. Auch diese Möglichkeit scheint von den beteiligten Parteien genutzt zu werden.

3.3 Auf- und Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen

In den sino-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nahm der Grenzhandel in den letzten Jahren eine immer stärkere und von der Entwicklung des Gesamt-handels immer unabhängiger Stellung ein.¹¹¹ Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kann nun von beiden Seiten an diese Beziehungen angeknüpft werden.

Bereits am 22. Dezember 1991, noch vor der offiziellen Auflösung der UdSSR, unterzeichneten die VR China und Kasachstan ein Handelsabkommen. Mit den anderen zentralasiatischen GUS-Republiken wurden im Zuge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ähnliche Vereinbarungen eingegangen. Darüber hinausgehende Handels- und Wirtschaftsabkommen erfolgten aber wiederum vor allem mit den direkten Grenzstaaten Kirgistan und Kasachstan.

Der Grenzhandel zwischen Kasachstan und Xinjiang hatte bereits in den drei Jahren zwischen 1986 und 1989 ein Volumen von 100 Mio.SFr erreicht. Eine weitere Steigerung des Handels erhoffte man sich insbesondere von der Fertigstellung der Eisenbahnlinie zwischen beiden Regionen; eine direkte Luftverbindung von Urumqi nach Alma Ata bestand bereits.¹¹² Mit den sino-kasachischen Abkommen vom Februar und August 1992 wurden u.a. Dokumente über zivile Luftfahrt, Grenzübergänge und die Bildung von Komitees für Fragen der Wirtschaft und des Handels unterzeichnet, als auch gegenseitige Investitionsschutzvereinbarungen getroffen. Des weiteren gewährte die Volksrepublik Warenkredite in nicht genannter Höhe.¹¹³ Ähnlich lauten die Vereinbarungen zwischen der Volksrepublik und Kirgistan. Dort wurde zudem, bereits im Januar, die Errichtung von Handelsvertretungen in beiden Ländern beschlossen.¹¹⁴

Das Interesse am Ausbau des Grenzhandels von Seiten Kirgistans und Kasachstans ist groß. Auch für das zu den ärmsten Provinzen Chinas zählende Xinjiang eröffnet der Ausbau des Handels mit den neuen unabhängigen Republiken die Chance, aus seinem Schattendasein herauszutreten. Während in China bisher das Konzept vertreten wurde, daß die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung von der Küste ausgehen und mit der Zeit auch den Westen erfassen würde, sieht sich der Nordwesten Chinas jetzt in die Lage versetzt, das Ende dieses langsamen Prozesses gar nicht mehr abwarten zu müssen. Der Blick, vorher überwiegend nach Osten gerichtet, kann sich nun gen Westen wenden. Einem solchen besorgniserregenden 'Richtungswechsel' versucht Beijing Einhalt zu gebieten, indem es sich an die Spitze dieser Entwicklung stellt.

Die Grenzen, nicht nur Xinjiangs, zu den Nachbarstaaten sind durchlässiger geworden. So heißt es immer wieder, daß "der neue 'offene Gürtel' die logische Folge der Politik Chinas der Reform und der Öffnung nach außen sowie Teil der Anstrengungen der Zentralregierung ist, die wirtschaftliche Kluft zwischen den entwickelten Küstenregionen und den weniger entwickelten westlichen Gebieten zu verringern."¹¹⁵ Der 'Selbstläufer' Grenzhandel hat durch den 20.000 km langen 'offenen Gürtel' an Chinas Grenzen überall an Dynamik gewonnen. Der Handel an der noch vor 13 Jahren 'heißen' Grenze nach Vietnam boomt ebenso wie der Handel an der Grenze zu Rußland im Nordosten oder an der Grenze zwischen der Inneren und der Äußeren Mongolei im Norden.¹¹⁶ Am stärksten jedoch profitiert Xinjiang von der neuen Situation. Während das Handelsvolumen mit den GUS-Republiken im ersten Halbjahr 1992 im Vergleich zum Vorjahr in der Inneren Mongolei um 60% und in Heilongjiang um 142,5% anstieg, betrug der Zuwachs in Xinjiang 255%.¹¹⁷

Ausschlaggebend für diese enormen Steigerungsraten sind in der Tat zum einen gesetzliche Maßnahmen der Zentralregierung, die den Grenzhandel erleichtern, und zum anderen die diesen Handel fördernden Aktivitäten des chinesischen Außenhandelsministeriums: der Staatsrat beschloß bereits im März letzten Jahres die Tarife für den Grenzhandel zu halbieren,¹¹⁸ den loka-

len Behörden war es Anfang 1992 möglich, die Einreisebestimmungen für Touristen aus den GUS-Republiken derart zu vereinfachen, daß jeder Tourist Waren im Wert bis zu 10.000 US\$ kaufen kann, ohne Abgaben dafür zahlen zu müssen,¹¹⁹ im Juli diesen Jahres gab der Staatsrat bekannt, daß Xinjiang eine Vorzugsbehandlung gewährt würde, zu der u.a. der Ausbau von 33 Grenzbezirken gehört, darunter die Städte Yining (Gulja), Bole (Bortala) und Tacheng (Qöqek),¹²⁰ und das Außenhandelsministerium erteilte dem 'Xinjiang Produktions- und Aufbaukorps' die Genehmigung für die Eröffnung von sieben Grenzhandelsunternehmen.¹²¹ Das größte Einzelereignis zur Förderung des Grenzhandels in diesem Jahr war allerdings die von Premierminister Li Peng persönlich eröffnete Grenzhandelsmesse in Urumqi vom 1.-10. September.¹²²

Mit all diesen Maßnahmen versucht die Beijinger Führung nicht nur die Kontrolle über diesen florierenden Handel aufrecht zu erhalten, sondern sich auch als Garant und Förderer der wirtschaftlichen Entwicklung der von nationalen Minderheiten bewohnten Gebiete zu präsentieren. Dieses Konzept, das die Legitimität der chinesischen Herrschaft untermauern soll, scheint bislang noch aufzugehen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß auf lange Sicht die Eigendynamik dieses Prozesses die Macht der Beijinger Zentrale aushöhlen wird. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist zwar auf der einen Seite eine Grundbedingung für politische Stabilität, auf der anderen Seite kann sie aber auch die Basis für die Herausbildung eines regionalen Selbstbewußtseins bilden.

4 Fazit und Ausblick

Die Veränderungen in der Sowjetunion haben die Politik der chinesischen Regierung in Nord-Zentralasien nicht vereinfacht. Die alten sino-sowjetischen Konfliktpunkte sind noch nicht endgültig beigelegt, 'neue alte' Probleme, wie Ethno-Nationalismus und Pantürkismus, sind zu neuem Leben erwacht, und die Zahl der in der Region agierenden unabhängigen Kräfte hat sich erhöht. Auch die Tatsache, daß sich der islamische Glaube unter den jenseits der Grenze lebenden ethnischen Gruppen jetzt frei entfalten

kann, droht die Sorgen Beijings um die Stabilität in Chinas Nordwesten noch zu verstärken.

Die Regierung der VR China tritt diesen neuen Konstellationen auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichen Mitteln entgegen.

Nach innen versucht sie, das Aufkommen separatistischer Bewegungen, wenn möglich, bereits im Keim zu ersticken. Man hat die Lehren aus der Protestbewegung von 1989 und aus den Unruhen in Xinjiang von 1990 gezogen und ist bestrebt, nichts außer Kontrolle geraten zu lassen. Daneben ist die chinesische Regierung bemüht, ihre Legitimitätsbasis in Xinjiang zu untermauern, indem sie versucht, sich für seine Modernisierung 'unentbehrlich' zu machen.

Diese nach innen gerichtete Politik Beijings kann in etwa mit dem Motto 'Zuckerbrot und Peitsche' umschrieben werden. Die Richtung, die die neue Aufbruchsstimmung im Nordwesten nimmt, soll weiterhin von Beijing bestimmt werden. Hierfür ist man in der chinesischen Führung bereit, gewisse wirtschaftliche Freiräume - im Rahmen der Reform- und Öffnungspolitik - zuzugestehen. Aufkommenden separatistischen Tendenzen soll aber mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten werden.

Nach außen ist die Regierung der Volksrepublik zunächst darum bemüht, mögliche Konfliktpunkte mit den angrenzenden Staaten auszuräumen und vor allem zu vermeiden, in innere Konflikte hineingezogen zu werden. Diese Vorsicht zeigt sich am besten in der Zurückhaltung Beijings gegenüber Tadschikistan. Dort wäre es immerhin denkbar gewesen, daß sich die KPCh-Führung auf die Seite des noch bis vor wenigen Wochen amtierenden kommunistischen Präsidenten Nabijew stellte. Aber eine solche Politik wäre weder im Einklang mit den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, noch diene sie den stabilitätsorientierten Interessen der chinesischen Führung. Sie sucht die konstruktive Zusammenarbeit mit den gefestigten Regierungen der Nachbarstaaten, die ebenfalls am Erhalt des neuen Status quo interessiert sind. Die Öffnung des Grenzhandels und die diesen Regierungen gewährte wirtschaftliche

Hilfe dient somit sowohl der Sicherung der nationalen als auch der internationalen Stabilität.

Beijings Sorge um die Stabilität in Nord-Zentralasien ist aufgrund der Gefahr, daß überwunden geglaubte historische Verbindungen zwischen den Völkern Xinjiangs und ihren Nachbarn wieder aufleben könnten, durchaus berechtigt. Mit der nach innen wie außen kontrollierten Öffnungspolitik hat Beijing den einzig gangbaren Weg eingeschlagen. Doch ob damit langfristig dieser dynamische Prozeß unter Kontrolle der chinesischen Zentrale gehalten werden kann, ist fraglich. Eine Eskalation der Konflikte zwischen den GUS-Republiken zum jetzigen Zeitpunkt würde die Position Beijings jedoch zunächst einmal stärken.

Wenn die Lage in den zentralasiatischen Republiken relativ stabil bleibt und der Konflikt in Tadschikistan nicht weiter eskaliert, dann ist nicht anzunehmen, daß die chinesische Oberhoheit kurzfristig in Gefahr geraten wird. Natürlich können durch das Aufeinandertreffen von Han-Chinesen und ethnischen Minderheiten die Spannungen in der Region erhöht werden, aber solche Entwicklungen werden kaum ausreichen, um den festen Griff der chinesischen Zentrale zu sprengen. Nach einer Periode erhöhter Vorsicht ist unter den derzeitigen Umständen, bei ohne Frage erhöhten Sicherheitsmaßnahmen in Xinjiang, auch ein chinesischer Staatsbesuch in den zentralasiatischen GUS-Republiken durchaus denkbar.

Langfristig kann sich die von der Beijinger Regierung durchgeführte Politik allerdings als Bumerang erweisen. Wenn sich die Wirtschaft Nord-Zentralasiens positiv entwickelt, dann wird dies auf der einen Seite zwar zur erhofften Stabilisierung der Region führen können, auf der anderen Seite wird es sicherlich aber eine Stärkung des Selbstbewußtseins der in Xinjiang lebenden Nationalitäten zur Folge haben. Beijing droht gerade auf lange Sicht, für die wirtschaftliche Entwicklung Xinjiangs 'entbehrlich' zu werden. Ähnlich der Reformpolitik der 80er Jahre, die wirtschaftliche Freiräume bot, politische Liberalisierung jedoch verwehrte, versucht Beijing im Nordwesten, die wirtschaftliche von der politischen Entwicklung abzukoppeln. Die Ereignisse im Frühjahr 1989 haben jedoch gezeigt, daß eine derartige

Trennung auf Dauer kaum möglich ist. Die Konflikte zwischen dem reichen Süden und der Beijinger Zentralregierung belegen, daß sich wirtschaftliche Dynamik zum Katalysator für die Forderung nach mehr Autonomie von der Zentrale entwickeln kann. Wenn es nicht bereits vorher zur Eskalation der Konfliktpotentiale in der Region kommt, ist es wahrscheinlich, daß mit einer positiven Wirtschaftsentwicklung auch in Xinjiang das Bestreben nach mehr Autonomie einhergehen wird. Für andere Grenzregionen kann dies in ähnlicher Weise zutreffen. War vorher die wirtschaftliche Kluft zwischen Küstenregion und Binnenland vorherrschend, so könnte sich mit dem "geöffneten Gürtel" eine neue Kluft in der Volksrepublik bilden, und zwar zwischen einem prosperierenden Kranz an den Grenzen und dem von dieser Entwicklung abgeschnittenen chinesischen Kernland. Gerade weil die in den Grenzprovinzen lebenden nationalen Minderheiten durch diese Entwicklung gestärkt werden, wird die Führung in Beijing sich vielleicht irgendwann vor das Problem gestellt sehen, über ein neues Autonomiekonzept nachdenken zu müssen. Doch stellt sich hier die Frage, ob nicht gerade dadurch das Risiko eines Herrschaftsverlustes über diese Gebiete immens erhöht werden würde.

Die Situation im Nordwesten gleicht einem Pulverfaß, dessen Lunte noch sehr lang und unter Kontrolle, jedoch keineswegs ausgelöscht ist. Durch das Aufbrechen von Konflikten in Nord-Zentralasien oder in Gebieten der Volksrepublik selbst kann die Lunte an anderer Stelle entzündet werden. Insgesamt hat der Zerfall der Sowjetunion die Probleme für Chinas Führung erheblich vergrößert. Intern werden die neuen Probleme sicherlich offen diskutiert werden. Nach außen gilt jedoch weiterhin das Credo der Stabilität. Und dieses Credo wird umso lauter verkündet werden, je mehr es in Gefahr zu kommen droht.

Anmerkungen

- 1) Vgl. R.Cremerius, "Die Forderungen der chinesischen Studenten an die Regierung der VR China", in: C.a., Mai 1989, S.348-351.
- 2) Für eine detaillierte Darstellung der verschiedenen Konzepte siehe: G.G.Imart, *The limits of Inner Asia: Some soul-searching on new borders for an old frontier-land*, Bloomington, Ind. 1987, 99 S.

- 3) Vgl. hierzu und im folgenden O.Weggel, *Xinjiang*, 2. Aufl. Hamburg 1985, S.1-22; H.Bräker, "Die islamischen Turkvölker Zentralasiens und die sowjetisch-chinesischen Beziehungen", Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOS), 37-1984, S.2-14; J.Osterhammel, *China und die Weltgesellschaft*, München 1989, S. 88f; Han-jung Ziemann, *Die Beziehungen Sinkiangs (Ostturkestan) zu China und der UdSSR 1917-1945*, Bochum 1984, S.4-49; B.Hayit, *Turkestan im XX. Jahrhundert*, Darmstadt 1956, S.13-47.
- 4) Die Entscheidung für die bevorzugte Verteidigung der zentralasiatischen Grenze war das Ergebnis einer heftig geführten Debatte am chinesischen Kaiserhof, vgl. Weggel, *Xinjiang*, a.a.O., S.41-43.
- 5) Vgl. Bräker, a.a.O., S.3; Die Verträge waren der sino-russische Vertrag von Beijing (14.11.1860), das ergänzende Vertragsprotokoll von Tschugutschak (Tacheng; 7.10.1864), der Vertrag von St. Petersburg (24.2.1891) und der Vertrag zwischen Rußland und England (das sog. Pamir-Abkommen; 11.3.1895), vgl. ebd.
- 6) Vgl. Weggel, *Xinjiang*, a.a.O., S.159/60.
- 7) Vgl. ebd., S.26.
- 8) Vgl. G.Hambly (Hg.), *Zentralasien*, Fischer Weltgeschichte Bd. 16, Frankfurt a.M. 1966, S.314.
- 9) Vgl. Weggel, *Xinjiang*, a.a.O., S.35.
- 10) Vgl. Fischer Weltgeschichte, a.a.O., S.307f.
- 11) Vgl. ebd., S.312.
- 12) Vgl. Weggel, *Xinjiang*, a.a.O., S.30-33.
- 13) Vgl. ebd., S.169.
- 14) Vgl. Fischer Weltgeschichte, a.a.O., S.238.
- 15) Vgl. ebd., S.242-47.
- 16) Vgl. ebd., S.244.
- 17) Vgl. U.Halbach, "Schuld haben immer die anderen Völker. Ethnizität und Territorialität in Zentralasien", in: *der überblick*, Nr.2 1992, S.8-12, bes. S.10.
- 18) Vgl. Fischer-Weltgeschichte, a.a.O., S.248/49.
- 19) Vgl. G.Simon, "Die Nationalbewegungen und das Ende der Sowjetunion", in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.), *Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)*, Stuttgart u.a. 1992, S.59-77, bes. S.64/65.
- 20) Vgl. A.Bennigsen, "Soviet Muslim and the Muslim World", in: S.E. Wimbush (ed.), *Soviet Nationalities in Strategic Perspective*, London/Sydney 1985, S.207-226, bes. S.216f.
- 21) Vgl. Fischer Weltgeschichte, a.a.O., S.249.
- 22) Angaben nach der Volkszählung von 1990, zit. nach Th.Hoppe, "Die chinesische Position in Ost-Turkestan/Xinjiang", in: C.a., Juni 1992, S.358-365.
- 23) Ausgenommen blieb lediglich die zahlenmäßig sehr kleine Gruppe der Usbeken, vgl. Th. Heberer, "Droht dem chinesischen Reich der Zerfall. Bedrohung durch wachsende Nationalitätenunruhen", Berichte des BIOS, 46-1991, S.12.
- 24) Vgl. Hoppe, a.a.O., S.360.
- 25) Vgl. Heberer, a.a.O., S.22.
- 26) Vgl. C.a. Juni 1990, Ü 13, S.425/26.
- 27) Vgl. C.a. Sept. 1990, Ü 9, S.699/700.
- 28) Vgl. C.a. Okt. 1990, Ü 29, S.772-774.
- 29) Es wird nicht ausgeschlossen, daß es sich hierbei um einen fingierten Anschlag handelte, der ein härteres Eingreifen der offiziellen Stellen rechtfertigen sollte, vgl. Hoppe, a.a.O., S.363.
- 30) Vgl. BRu, 4/1992, S.5.

- 31) Der nun abgesetzte Präsident Tadschikistans, Nabijew, begrüßte den Putschversuch gegen Gorbatschow im August 1991, wurde nach dessen Scheitern abgesetzt und gewann im November 1991 die Präsidentenwahl, vgl. IHT, 8.9.92.
- 32) Usbekistan und Turkmenistan sind bereits mittelbar von dem andauernden Konflikt betroffen. Nach offiziellen Angaben sollen 20.000 Usbeken und Turkmenen aus den umkämpften Gebieten in die Republik ihrer Nationalität geflüchtet sein, vgl. NZZ, 13./14.9.92.
- 33) Vgl. Halbach, a.a.O., S.10.
- 34) Vgl. A.Bozdog, "Demokratie - oder Chauvinismus? Kirgisien im Wandel", in: *der überblick*, a.a.O., S.38-42, bes. S.39.
- 35) Vgl. *Le Monde*, 13./14.9.92; SZ, 22.9.92.
- 36) Vgl. FAZ, 7.5.92.
- 37) Zu den möglichen Konflikten vgl. R.Götz/U.Halbach/D.Gohl, "Die Republiken der ehemaligen Sowjetunion", in: *Landeszentrale* ..., a.a.O., S.219-257.
- 38) Vgl. ebd., S.219-257.
- 39) Lediglich in Usbekistan existiert in der Oppositionspartei "Birlik" (Einheit) eine solche Volksfrontbewegung, vgl. Simon, a.a.O., S.71.
- 40) Von Gerhard Simon verwendeter Begriff, vgl. Simon, a.a.O., S.65.
- 41) Vgl. SZ, 23.9.92.
- 42) Tadschikische Intellektuelle erklären die Allianz von demokratischen Parteien und der islamischen Partei sogar damit, daß sie eher das Risiko eines islamischen Extremismus' eingehen wollten, als sich den Gefahren eines Pantürkismus auszusetzen, vgl. *Le Monde*, 11.5.92.
- 43) Vgl. *Le Monde*, 11.5.92.
- 44) Vgl. Heberer, a.a.O., S.25.
- 45) Vgl. ebd., S.25.
- 46) Vgl. C.a. Juni 1990, Ü 13, S.425.
- 47) Vgl. R.Freitag-Wirminhaus, "Die Zukunft der islamisch geprägten Staaten", in: *Landeszentrale* ..., a.a.O., S.98-115, bes. S.103.
- 48) Vgl. ebd., S.103.
- 49) Vgl. ebd., S.111. Alle Präsidenten der zentralasiatischen Staaten haben sich in deutlicher Form für das türkische Modell ausgesprochen und die Türkei zum Ziel ihres ersten Staatsbesuchs gemacht. (Nach dem Sturz des tadschikischen Präsidenten Nabijew im September könnte sich die Haltung Tadschikistans in dieser Frage ändern.)
- 50) Vgl. R.Freitag-Wirminhaus, "Keine großen Brüder. Der Einfluß der islamischen Welt in Zentralasien und Aserbaidschan", in: *der überblick*, a.a.O., S.50-53, bes. S.53.
- 51) Kredite wurden an Turkmenistan in Höhe von 75 Mio. und an Kasachstan in Höhe von 200 Mio. Dollar vergeben, vgl. XNA, 15.8.92 und 20.8.92.
- 52) Joint Venture-Projekte gibt es mit Kasachstan und Usbekistan, vgl. NfA, 18.3.92 und 7.9.92.
- 53) Vgl. FAZ, 29.8.92.
- 54) Die Hilfe bei der Umstellung erfolgt beispielsweise in Form der Lieferung von Druckmaschinen, vgl. FAZ, 5.3.92.
- 55) So wurden allein .500 Stipendien an usbekische Studenten vergeben, vgl. FAZ, 29.8.92.
- 56) Vgl. FAZ, 29.8.92.
- 57) Diese soll sogar "die Muslime von Xinjiang zu einem 'heiligen Krieg gegen die (Han-chinesischen) Heiden' aufgefordert" haben, vgl. C.a., Juni 1990, Ü 13, S.425/26.
- 58) Vgl. P.Kappert, "Kein Ort für Obsessionen. Ein 'islamischer Fundamentalismus' ist aus Mittelasien nicht zu erwarten", in: *der überblick*, a.a.O., S.16-19, bes. S.19.
- 59) Vgl. ebd., S.19.
- 60) Vgl. ebd.
- 61) Vgl. SZ, 18.9.92; zu den Aussagen der Regierungschefs vgl. XNA, 23.2.92 (Kasachstan), SWB, 25.3.92 (Kirgistan), SZ, 20./21.6.92 (Usbekistan).
- 62) Vgl. NfA, 22.7.92.
- 63) Zur Hilfe von Pakistan an Tadschikistan vgl. XNA, 10.8.92 und an Usbekistan vgl. NfA, 27.7.92; zum omanisch-kasachischen Vertrag vgl. FT, 18.6.92; zur Hilfe von Saudi-Arabien und Kuwait vgl. NfA, 10.9.92.
- 64) Deutsche Bank (Hg.), *Die Sowjetunion im Umbruch*, Frankfurt/M. 1990, S.9, zit. nach: *Landeszentrale* ..., a.a.O., S.12/13.
- 65) Vgl. F.Müller, "Islamischer Wirtschaftsrisse? Die mittelasiatischen Republiken gehören zu den armen Ländern der Welt", in: *der überblick*, a.a.O., S.20-23, bes. S.20.
- 66) 1990 betrug der Anteil dieser Region an der Baumwollproduktion der UdSSR 90%, allein Usbekistan produzierte 63%, vgl. NfA, 25.3.92.
- 67) Vgl. Götz u.a., a.a.O., S.219-257.
- 68) Vgl. XNA, 1.8.92; zur Wirtschaftskrise in Kasachstan vgl. *Handelsblatt*, 23.6.92.
- 69) Vgl. XNA, 1.8.92.
- 70) Vgl. FAZ, 5.9.92.
- 71) Vgl. SZ, 6.7.92 u. NfA, 17.7.92.
- 72) Vgl. Götz u.a., a.a.O., S.219-257.
- 73) Vgl. Müller, a.a.O., S.21; mit pakistanscher Unterstützung setzt Tadschikistan zur Zeit den Bau eines Wasserkraftwerkes fort, vgl. XNA, 10.8.92.
- 74) Fast ein Viertel der Goldproduktion der ehemaligen UdSSR kam aus Usbekistan, vgl. Müller, a.a.O., S.21.
- 75) Vgl. FAZ, 4.5.92.
- 76) Zu den Aufnahmeanträgen vgl. XNA, 29.2.92 u. S.3.92; zur Aufnahme vgl. AWSJ, 11.5.92 (Kirgistan); BfAI/NfA, 17.7.92 (Kasachstan); zu Tadschikistan vgl. BfAI/NfA, 31.8.92.
- 77) In Kasachstan soll dies mit Hilfe von Fiat und Honda, in Usbekistan mit Hilfe einer südkoreanischen Firma und Mercedes-Benz versucht werden. Zu Kasachstan vgl. FT, 9./10.5.92 u. 2.7.92; NfA, 1.6.92; zu Turkmenistan vgl. FT, 6.5.92; zu Usbekistan vgl. NfA, 11.2.92; XNA, 9.8.92; BfAI/NfA, 3.9.92.
- 78) Vgl. Simon, a.a.O., S.74.
- 79) Vgl. AWSJ, 1.7.92.
- 80) Vgl. Müller, a.a.O., S.23; BRu, 10/1992, S.12/13.
- 81) Vgl. XNA, 18.2.92.
- 82) Vgl. Müller, a.a.O., S.23.
- 83) Vgl. NfA, 22.5.92; BRu, 10/1992, S.13.
- 84) Vgl. O.Weggel, "Reformfeind Li Peng trifft Reformfreund Gorbatschow", in: C.a., April 1990, S.280-283; ders., "Konstruktive Außenpolitik als Bußeleistung - Beijings Beitrag zur Entspannung in den internationalen Beziehungen", in: C.a., Feb. 1992, S.87-112.
- 85) Vgl. FAZ, 2.3.91 und SZ, 16./17.3.92.
- 86) Vgl. O.Weggel, "... da verschlug es den Chinesen einfach die Sprache", in: C.a., August 1991, S.511-515.
- 87) Vgl. O.Weggel, "Die Sowjetunion ist tot, es lebe die GUS", in: C.a., Jan. 1992, S.22-27.
- 88) XNA, zit. nach Weggel, ebd., S.24.
- 89) Ministerpräsident Li Peng auf dem Gipfeltreffen des UNO-Sicherheitsrates am 31.1.1992 in New York, zit. nach: BRu, 7/1992, S.10; zur chinesischen Einschätzung der Lage in der Region vgl. auch C.a., Juli 1992, Ü 1, S.429.
- 90) Für die Vereinbarungen vgl. RMRB, 4.-8.1.92; die Versuche Taiwans, mit den ehemaligen Sowjetrepubliken diplomatische Kontakte aufzunehmen, trugen sicherlich ihren Teil zur Schnelligkeit Beijings bei.
- 91) Vgl. XNA, 13.3.92 und 18.3.92.
- 92) Zum Besuch des usbekischen Staatspräsidenten vgl. XNA, 13./14./15.3.92.
- 93) Vgl. SWB, 18./26.5.92 (Kirgistan) und 11.8.92 (Kasachstan).
- 94) Vgl. XNA, 30.4.1992.
- 95) Vgl. SWB, 24.6.92 und IHT, 26.6.92; die Bahnverbindung war bereits im September 1990 fertiggestellt und im Juli 1991 in Betrieb genommen worden, vgl. XNA, 23.6.92 und 2.5.92.
- 96) Vgl. XNA, 29.2.92.
- 97) Vgl. XNA, 26.8.92; der stellvertretende Präsident Xinjiangs, Hedeerbai, kündigte am 20. Mai 1992 an, daß in Xinjiang noch im laufenden Jahr zwei weitere Grenzübergänge errichtet würden, vgl. *DW Monitor-Dienst*, 22.5.92.
- 98) Vgl. Hoppe, a.a.O., S.363.
- 99) Zum Besuch des usbekischen Präsidenten vgl. XNA, 14./15.3.92; zum Besuch des kirgischen Präsidenten vgl. XNA, 17.5.92.
- 100) Vgl. SWB, 29.2.92 und 24.6.92.
- 101) Vgl. SWB, 7.8.92.
- 102) Vgl. SWB, 29.2.92 (Kasachstan) und XNA, 15.5.92 (Kirgistan).
- 103) Im gemeinsamen sino-kirgischen Kommuniqué wurde beispielsweise eine Kooperation "gegen organisierte Kriminalität, (und) internationalen Terrorismus ..." vereinbart, vgl. XNA, 17.5.92; ausschlaggebend mag hierfür gewesen sein, daß gerade vom autonomen kirgischen Gebiet die Unruhen im April 1990 ausgegangen waren.
- 104) Eine Landkarte, in der die unumstrittenen Staatsgrenzen sowie der von chinesischer bzw. sowjetischer Seite reklamierte Grenzverlauf eingezeichnet ist, findet sich in: Michael Strupp, *Chinas Grenzen mit Birma und der Sowjetunion*, Hamburg 1987, Karte 3; dort findet sich auch eine umfassende Darstellung der Gebietsansprüche der VR China in dieser Region, ebd., S.221-312; für eine kurze Darstellung der unterschiedlichen Positionen der UdSSR und der VR China vgl. O.Weggel, "Die sino-sowjetische Grenze", in: C.a., Sept. 1981, S.582-590.
- 105) Vgl. NZZ, 18.3.92.
- 106) Vgl. XNA, 4.4.92 und 9.9.92.
- 107) Vgl. XNA, 15.3.92 (Kirgistan) und SWB, 11.8.92 (Kasachstan); Früheren Irritationen bezüglich angeblicher territorialer Ansprüche Chinas wurde von chinesischer Seite sofort entgegengetreten. Nachdem der kasachische Präsident auf die Existenz chinesischer Landkarten verwiesen hatte, nach denen Teile Kasachstans zu China gehörten, erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums umgehend, daß die VR China keinerlei territoriale Ansprüche gegenüber Kasachstan habe, vgl. SWB, 11.5.92.
- 108) Vgl. Weggel, "Reformfeind ..", a.a.O., S.280.
- 109) Vgl. C.a., Juni 1992, Ü 4, S.337.
- 110) Vgl. XNA, 17.5.92 (Kirgistan) und 11.8.92 (Kasachstan); der Präsident Kasachstans hat während seines USA-Besuches im Mai eine Garantieerklärung über die Vernichtung aller Atomwaffen auf kasachischem Territorium unterzeichnet, vgl. SZ, 21.5.92.
- 111) Als es nach fünf Jahren rapiden Wirtschaftswachstums 1987 erstmals zu einem Rückgang im sino-sowjetischen Handel kam, war einzig der Grenzhandel nicht davon betroffen, vgl. C.a., Juni 1988, Ü 25, S.449.
- 112) Vgl. C.a., Juni 1988, Ü 25, S.449 und Sept. 1989, Ü 4, S.666.
- 113) Vgl. SWB, 29.2.92 und 11.8.92.
- 114) Vgl. C.a., Jan. 1992, S.38; XNA, 15.5.92.
- 115) XNA, 10.5.92.
- 116) Vgl. C.a., Dez. 1991, Ü 23, S.754/755.
- 117) Vgl. XNA, 26.8.92; im gleichen Zeitraum war im Gesamthandel zwischen der VR China und den GUS-Republiken lediglich eine Steigerung von 20% zu verzeichnen, vgl. ebd.
- 118) Vgl. XNA, 21.1.92.
- 119) Vgl. XNA, 28.4.92.
- 120) Vgl. SWB, 10.7.92.
- 121) Vgl. XNA, 14.5.92.
- 122) Vgl. XNA, 17.8.92 und 3.9.92.